

Grund unserer Organisation haben die Berliner Genossen die Mittel dazu in der Hand.

Die von Bernau-Potsdam und den Berliner Delegirten Wengels, Tempel, Pëus und Scholz gestellte Resolution lautet:

Der Parteitag erklärt: Die von Seiten der sogenannten Berliner Opposition in die Welt gesetzten Schmähungen, Verleumdungen und Verdächtigungen gegenüber der Parteileitung und Fraktion sind nach Anhören dieser Richtung in solch grundloser und niederträchtiger Art gesehen, daß den Berliner Parteigenossen in Gemeinschaft mit der Parteileitung aufgegeben wird, in der schärfsten Weise dem Treiben dieser Elemente entgegenzutreten, um sie für die Bewegung unschädlich zu machen.

Der Parteitag bestimmt ferner, daß da, wo sich solche und ähnliche Vorkommnisse zeitigen, die Vertrauensmänner dieser Orte angewiesen sind, die Kontrolleure der Parteileitung hiervon zu unterrichten, damit durch schiefsrichterliche Untersuchung solche Vorkommnisse im Interesse der Partei Erledigung finden.

Niederauer, Gumpel, Jhrer, Rohrlack, v. Hoffetten erklären diese Resolution nicht anzuerkennen. Auch Meßner erklärt, nur ein Theil der Berliner Delegirten sei mit derselben einverstanden.

Diese Resolution wird genügend unterstützt, die Berathung über dieselbe aber bis nach Erledigung des Berichtes der Meuner-Kommission ausgesetzt.

Zum Bericht der Meuner-Kommission meldet sich Niemand weiter zum Wort.

Der Antrag der Meuner-Kommission wird mit allen gegen 11 Stimmen angenommen.

Die Berathung kehrt zurück zu der oben erwähnten Resolution.

Bernau: Ich habe nicht eine solche Hoffnung und Zuversicht, wie einige meiner Berliner Genossen, die meinen, wir sind stark genug, um die oppositionellen Elemente unschädlich zu machen. Ich weiß, was für Elemente unter diesen Herren stecken, daß sie eine gewisse Suade und Unverfrorenheit besitzen, sie verfügen auch über Geldmittel und werden daher alles Mögliche versuchen. Es wird mir mitgetheilt, daß heute auch in Magdeburg eine Versammlung der Opposition stattfindet. Auch dort wird es ungeheure Arbeit kosten, um das alte Terrain zu erobern. Gerade die Vertrauensmänner im VI. Berliner Wahlkreis sind bei der Sache mitbetheiligt. Es ist Aufgabe der Partei, daß sie da, wo sich derartige Zustände zeigen, eingreife!

F

Einem Antrage Fräsdorf-Dresden gemäß wird über die Resolution zur Tagesordnung übergegangen.

Der Vorsitzende schlägt vor, während der Programm-Berathung die Wahlen für die fünftägige Parteileitung vorzunehmen und das Ergebnis durch die Mandats-Prüfungskommission feststellen zu lassen.

Zum Sitz der Parteileitung wird auf Vorschlag Singer's Berlin bestimmt.

Laut § 14 der Organisation hat der Parteitag die Gehälter der Parteileitung festzusetzen. Der Parteitag zu Halle hat die Festsetzung der Gehälter unter Abgrenzung der Maximalhöhe der Parteileitung selbst überlassen. Diese Gehälter sind festgestellt worden auf je 250 Mk. pro Monat für die Sekretäre, auf 150 Mk. für den Kassirer, auf 50 Mk. für jeden der beiden Vorsitzenden.

Der Parteitag erklärt sich mit der Beibehaltung der Gehälter einverstanden.

Der Vorsitzende schlägt vor, als Ort des nächsten Parteitages Berlin zu wählen. (Zustimmung.) Er sei überzeugt, daß die Berliner Genossen die Delegirten aus allen Theilen des Deutschen Reiches freudig aufnehmen werden. (Rufe: Hamburg, Frankfurt a. M.)

Der Parteitag wählt Berlin zum Ort des nächsten Parteitages.

Vorsitzender Singer: Wir treten nun in den letzten Punkt unserer Tagesordnung ein:

### Berathung des Parteiprogramms.

Die Kommission hat den bereits für die General-Debatte bestellten Referenten auch zu den übrigen gemacht; ich ertheile dem Genossen Liebknecht als Referenten und Kommissions-Berichterstatter das Wort.

Liebknecht: Genossinnen und Genossen! Es ist sehr zu bedauern, daß die öffentliche Berathung über das Programm erst an dem letzten Tage dieses Kongresses stattfinden kann. Die stürmischen, leidenschaftlich-erregten Debatten der letzten Tage waren aber notwendig; eine andere Anordnung der Kongreßverhandlungen war, wie die Verhältnisse lagen, einfach undenkbar. Wenn nun auch manches in den letzten Tagen unerquicklich gewesen ist, so können wir doch mit Stolz sagen: in seiner Gesamtheit war es ein großes Schauspiel, welches die sozialdemokratische Partei der Welt geboten hat. Es giebt keine andere Partei, welche beim vollen Lichte der Öffentlichkeit ihre innersten Angelegenheiten hätte erledigen, ihren Anklagen sich stellen, und sie rückhaltlos auffordern können, den Beweis für die Anschuldigungen zu liefern, welche sie gegen uns und die Partei erhoben. Eine zweite Partei, die dies zu thun im Stande war, — ich wiederhole es — besteht in Deutschland nicht,

besteht nirgends, und wenn auch die Gegner höhnen über den angeblichen Zwist in unseren Reihen, das eine haben die Debatten klar gemacht: der Ehrenschild der Partei ist rein! Und die Partei ist einig in ihrem Streben, einig in der Abwehr aller ihr feindlichen und schädlichen, aller unreinen Elemente. Dieser Gedanke der Einigkeit, der uns in jenen Debatten beherrschte, wird jetzt, wo es gilt, das neue Programm festzustellen, noch glänzender und in vollster Macht zur Geltung kommen.

Gehe ich weiter, möchte ich Sie daran erinnern, daß heute ein Gedentag ist. Erfurt ist ja die Stadt der Gedentage. Doch ich will nicht an Ereignisse erinnern, welche in Erfurt selbst stattgefunden haben — ich habe einen anderen Gedentag im Sinn: es ist heute der 21. Oktober und heute vor 18 Jahren, am 21. Oktober 1878, trat das Ausnahmegesetz in Kraft, vermittelt dessen die deutsche Sozialdemokratie erwürgt werden sollte, und welches uns zu zwölfjährigem unablässigem Kampfe zwang, zu einem Kampfe, der schließlich mit dem Siege der Sozialdemokratie auf der ganzen Linie geendet hat und mit dem Falle des Haupturhebers jenes unheilvollen, gemeingefährlichen Gesetzes. Die Kraft zu diesen Kämpfen schöpften wir in den Prinzipien, welche unsere Partei befehlen. Die Parteiprinzipien waren damals formuliert in einem Programm, welches nicht mehr auf der Höhe der Zeit stand und in seinen Sätzen und Forderungen vielfach unvollkommen war, in das aber die Partei in ihrer Weiterentwicklung den wahren Geist der Partei gelegt hatte, die alten Formen mit neuem Inhalt erfüllend.

Indes eine Revision des Programms, die schon vor dem Sozialistengesetz verlangt worden war, ließ sich nicht mehr aufhalten, und am 16. Oktober v. J. faßte der Parteitag in Halle folgenden Beschluß:

„In Erwägung, daß das von dem Einigungskongress zu Gotha im Jahre 1875 beschlossene Parteiprogramm, so trefflich es sich auch in den Kämpfen der letzten 15 Jahre, namentlich unter dem Sozialistengesetz bewährt hat, dennoch nicht mehr in allen Punkten auf der Höhe der Zeit steht, wie das schon von früheren Parteikongressen ausgesprochen ist, beschließt der Parteitag: Der Parteivorstand wird beauftragt, dem nächsten Parteitag einen Entwurf eines revidierten Parteiprogramms vorzulegen und den Entwurf mindestens 3 Monate vor Zusammentritt des nächsten Parteitages zu veröffentlichen, damit die Partei hinreichende Zeit zur Prüfung habe.“

Genossen! Ich komme auf die Debatten in Halle nicht zurück. Die Kritik, welche ich in meiner Programmrede vom vorigen Jahre an das alte Programm legte, fand keinerlei Widerspruch; es zeigte sich allseitige Uebereinstimmung darin, daß jenes alte Programm, welches ein Kompromißprogramm war, durch ein neues, besseres

E

zu ersetzen sei. Der Entwurf des neuen Programms liegt nun vor Ihnen. Es ist mit dessen Berathung allerdings auf diesem Parteitage etwas eigenthümlich verfahren worden. Wir haben keine Generaldebatte gehabt, und das ist trotz der offenbaren Gründe, die dafür vorlagen, vorsehern vielfach besorglich gefunden worden. Angesichts unserer Geschäftslage war es leider unvermeidlich und jetzt wird wohl Jeder begriffen haben, daß, wenn wir nicht so gehandelt hätten, nämlich die Kommission vor der Generaldebatte zu wählen und berathen zu lassen, dann der Parteitag mindestens einen Tag länger hätte zusammen sein müssen. Außerdem ist ja die Generaldebatte im Plenum des Kongresses vollständig ersetzt worden durch die Generaldebatte, die während des letzten Jahres in Deutschland im Plenum der Gesamtpartei stattgefunden hat. In gründlicherer Weise konnte überhaupt ein altes Programm nicht zerpfückt, nicht kritisiert, die Grundlage eines neuen nicht gelegt werden, als dies innerhalb des letzten Jahres und besonders der letzten vierthalb Monate, seit der Entwurf des Vorstandes veröffentlicht ward, geschehen ist. Zu dieser Kritik hat in wesentlicher Weise Anregung gegeben und einen wichtigen Beitrag geliefert der durch Engels veröffentlichte Brief von Marx vom 5. März 1875. Den Inhalt des Briefes sehe ich bei Ihnen allen als bekannt voraus; er ist in der „Neuen Zeit“ und in den übrigen Parteiblättern, sowie in der gegnerischen Presse eingehend besprochen, und bei Ausarbeitung des neuen Programm-Entwurfs aufs gründlichste erörtert und mit gebührender Achtung berücksichtigt worden. Ueber diesen Brief habe ich persönlich einige Bemerkungen zu machen — nicht in Bezug auf seinen Inhalt. Man hat von gegnerischer Seite den Vorwurf erhoben, daß die Wenigen, an welche der Brief gerichtet war, sich gewissermaßen ungleich gegen die Parteigenossen benommen hätten, indem sie den Inhalt des Briefes nicht 1875 dem Einigungs-Kongresse mittheilten. Sätten wir das gethan, dann wäre der Zweck jenes Kongresses gefährdet worden! Und der Brief war ein streng vertrauliches, nicht für die Oeffentlichkeit bestimmt. Wir haben uns über unsere Stellung zu dem Marx'schen Programm-briefe bereits im „Vorwärts“ ausgesprochen — in einer Erklärung, welche von der Fraktion ausgegangen ist, und welche nach reiflicher Feststellung des Inhalts unsere Ansicht klargestellt hat. Die Dinge lagen zur Zeit dieses Briefes so: Die beiden Fraktionen der Sozialdemokraten, die Eisenacher und die Lassalleaner, waren viele Jahre lang in Kampfe mit einander begriffen gewesen. Im Anfang hatte man wohl hüben und drüben geglaubt, daß die Ziele verschieden wären, daß Fragen prinzipiell trennender Art zwischen uns stünden. Im Laufe des Kampfes selbst war man aber zu der Ueberzeugung gelangt, daß für die Masse der Mitglieder beider Fraktionen solche Fragen nicht vorhanden, daß, wenn auch die Schlagworte verschieden, doch

E

das Ziel, die Forderungen und Bestrebungen auf beiden Seiten völlig die gleichen waren. So brach sich denn auf beiden Seiten allmählich die Ueberzeugung Bahn, daß es nothwendig sei, die zwei getrennten Ströme zu einem zu vereinigen. Statt die Kräfte in diesem brüdermörderischen Kampfe aufzureiben, müssen sie zusammengesetzt und gegen den gemeinsamen Feind gewendet werden — das sagte sich ein Jeder. Und dieser Gedanke trat so elementarkräftig hervor, daß auf beiden Seiten, selbst wenn die Führer sich entgegengestellt hätten, die Mannschaften nicht mehr an der Einigung zu hindern gewesen wären. Vor wenigen Tagen sprach hier unser ältester Genosse, der Senior der Partei, unser Töbke; er erinnerte an die traurige Zeit des Kampfes. Ich will ihn jetzt erinnern an ein schöneres Ereigniß. Als ich, nicht lange nachdem ich aus dem Gefängniß von der Festung in Subertusburg gekommen war, eines schönen Morgens in Leipzig in dem Redaktionslokale saß, kam ein Mann herein, der mir nicht ganz unbekannt schien, von dem ich aber nicht sofort sagen konnte, wer er war. Ich arbeitete weiter, darauf theilte man mir mit: Töbke ist da und wünscht Sie zu sprechen. Ich erhob mich sofort. Töbke ging auf mich zu und reichte mir die Hand, in die ich sofort einschlug — dazu bedurfte es keines vorherigen Friedensschlusses. Wir begaben uns in ein Nebenzimmer. „Wir müssen Frieden haben“, sagte Töbke und ich antwortete ihm: „Ja, wir müssen Frieden haben“. (Lebhafte Bravo!) Von dem Moment an war für mich der Friede geschlossen; und als um diese Zeit auch im Norden, in Hamburg, in Altona und den anderen Orten ähnliche Schritte gethan wurden — da stand es auch für alle meine Freunde in Deutschland fest: Jetzt müssen wir uns einigen, mag kommen, was da wolle! Einige Peißsporne hüben und drüben suchten das Friedenswerk zu hemmen, aber die Einigung mußte sein, sie war nothwendig im Interesse der Partei. Wir kamen zu Besprechungen zusammen, um uns über ein Einigungsprogramm zu verständigen; von hüben und drüben wurden Konfessionen gemacht, und endlich, nach langen, langen Berathungen einigte man sich über den Ihnen bekannten Entwurf, welcher fast unverändert vom Gothaer Einigungskongreß angenommen worden ist. Als Marx von dem Entwurf Kenntniß erhielt, schrieb er diesen Brief, der für einige von uns Eisenachern bestimmt war. Wir gingen den Brief genau durch; ich selbst, der in langer Kampfgenossenschaft mit ihm gelebt hatte, sein Schüler, der in London den Reich des Grills mit ihm durchgefostet hatte, freiz stolz darauf, mich seinen Schüler und Freund zu nennen — ich hatte mich vor die Frage zu stellen: Ist es im Interesse der Partei, wenn wir jetzt in der Weise vorgehen, wie Marx es will? Was er theoretisch gegen diesen Entwurf sagte, war richtig bis auf den letzten Buchstaben, das wußte ich damals genau so wie heute;

E

Theorie und Praxis sind aber zweierlei, und so unbedingt ich dem Urtheile von Marx in der Theorie vertraute, in der Praxis ging ich meine eigenen Wege. Ich fragte mich: Ist es möglich, ein Programm, so wie es Marx hier verlangte, jetzt durchzuführen? Nach reiflicher Prüfung kam ich für mich zu der Ueberzeugung, daß es nicht möglich war, und auf die Gefahr hin, mit Marx auf einige Zeit zu zerfallen — was auch geschah, doch nicht für lange — erklärte ich: Es geht nicht; hoch steht mir Marx, aber höher steht mir die Partei! (Bravo!) Marx war in England, von wo er die Dinge in Deutschland nicht so gut übersehen konnte, wie ich; und er, mein Lehrer, hat mir, als wir dort in der engen Gemeinschaft des Flüchtlingslebens zusammen lebten, gegenüber der Revolutionsmacherei der bürgerlich-demokratischen Partei mehr als einmal gesagt: „Vom Auslande her kann man die Geschichte der Heimath nicht mehr lenken, man verliert die Fühlung.“ Niemand hat das heiläufig mehr erfahren, als gerade ich; ich war 13, ja 15 Jahre im Exil und es hat lange gedauert, ehe ich, nach meiner Heimkehr, die Fühlung mit den Menschen und Dingen wieder völlig gewinnen konnte. Genug, es blieb mir keine Wahl — ich schrieb Marx: Du kannst von außen die Verhältnisse nicht so überschauen, wie es uns hier von innen möglich ist. Ich entwickelte ihm, daß die Befürchtung, die er ausgesprochen, die Partei werde verjumpten, das Einigungsprogramm werde ihr verderblich sein, daß diese Befürchtung unbegründet sei. Ich sagte ihm: Das deutsche Proletariat wird in diese unvollkommenen, mangelhaft formulirten Forderungen schon den richtigen Inhalt seiner revolutionären Klassenbestrebungen legen. Sind die Gedanken auch nicht richtig ausgebrückt, so werden wir im Laufe weniger Jahre, vielleicht weniger Monate, dahin gelangen, daß das, was an klarem Verständnis der Grundfätze noch fehlt, in der Partei zur Geltung gebracht wird, und daß Diejenigen, welche jetzt noch nicht auf der Höhe des wissenschaftlichen Sozialismus stehen, dahin emporgehoben werden. Also wir entschlossen uns, über den Brief zur Tagesordnung überzugehen, unser Möglichstes zu thun, daß die Befürchtungen von Marx sich nicht erfüllen, und die Hand zur Einigung zu reichen. Wir haben dann noch vor dem Einigungskongreß einige kleine Aenderungen an dem Entwurf des Einigungsprogramms angebracht, aber im Großen und Ganzen war es, wie die Lage und das Machtverhältniß beider Theile zu einander war, einfach nicht möglich, ein wesentlich anderes Programm zu schaffen, ohne daß wir Gefahr liefen, einen Theil der Vassalleaner außerhalb der Einigung zu lassen — und auf eins kam es uns an: zu verhindern, daß irgend eine Fraktion, irgend ein Bruchtheil des organisirten Proletariats außerhalb der neu zu schaffenden Organisation stand. Was hätte es genügt, wenn wir dem spezifischen

E

Lassalleanismus, der damals noch mächtig, aber freilich auch bereits am Absterben war, durch ein streng anti-Lassalleinisches, rein wissenschaftliches Programm, durch Opposition gegen das Kompromißprogramm Gelegenheit gegeben hätten, neue Kraft zu gewinnen — in einem Augenblick, wo die Logik der proletarischen Bewegung ihn einem anderen Bett zubrängte? So haben wir die Einigung vollzogen, und alle meine Freunde, Auer, Brafé, Geib und die Anderen mit mir — Bebel saß im Gefängnis und konnte nicht an jenen Verhandlungen Theil nehmen — wir alle, heute vor dieselbe Wahl gestellt, wir alle würden heute dasselbe thun; und ich für meine Person sprach es aus: ich glaube, in meinem Leben niemals der Partei einen größeren Dienst geleistet zu haben, als damals, wo ich den Rathschlag meines Freundes und Lehrers Marx zurückwies und in das Einigungsprogramm gewilligt habe. Und Marx hat auch später eingesehen, daß seine Befürchtungen unbegründet waren und hat später mit Stolz auf die geeinte deutsche Sozialdemokratie geblickt. Das Gothaer Einigungsprogramm hat uns in Wahrheit die Einigung gebracht; es ist seitdem unmöglich, die deutsche Sozialdemokratie noch zu spalten; Sektirerei hat es von da ab nicht mehr gegeben und kann es nicht mehr geben. Einige unreise oder zweifelhafte Individuen splitteten ab, aber die Arbeiterpartei war einig, und während die Befürchtungen Marx' nicht in Erfüllung gegangen sind, hat Alles, was wir erhofft, vorausgesehen und vorausgesagt haben, sich erfüllt. Wir Eisenacher, die wir mit unserem Programm wissenschaftlich voran waren, wir reichten den Brüdern, die mit uns den Berg erklimmen und etwas hinter uns zurück waren, die Hand, und zogen sie zu uns heran, und es hat nicht lange gedauert, da standen die Lassalleaner in gleicher Linie neben uns und theilten unsere Anschauungen. Die alten Forderungen der Lassalleaner, Produktivgenossenschaften mit Staatshilfe u. s. w., wurden bald von den ehemaligen Lassalleanern selbst, ohne daß der Verehrung Lassalle's damit Abbruch gethan wurde, als durch die Entwicklung der Verhältnisse und der Bewegung überholt betrachtet, und nach gar nicht langer Zeit war jeder Unterschied zwischen den Eisenachern und der ehemaligen Lassalle'schen Richtung aufgehoben. Und wenn die geistige Schwungkraft und die Lebenskraft der Partei, die sich bloß aus der Kulturnothwendigkeit der Partei erklären lassen, jemals mächtig zu Tage getreten sind, so war dies unter der Herrschaft des Sozialistengesetzes. Nicht den Kampf meine ich, den wir zwölf Jahre lang, Tag für Tag, Nacht für Nacht kämpfen mußten — der Kampf verstand sich von selbst, wir wurden vernichtet, wenn wir nicht kämpften und siegen, es handelte sich um die Existenz — nicht das meine ich, sondern die geistige, die wissenschaftliche Regsamkeit der Partei während des Kampfes. Während des unablässigen Kampfes hat die Partei sich zugleich geistig fortentwickelt.

E

Die Theorie mußte freilich hinter den Bedürfnissen der rauhen Praxis zurücktreten, und die theoretische Ausbildung hat, wie es ja in den letzten Tagen manchmal sich zeigte, vielfach unter dem praktischen Kampfe leiden müssen, aber unter der Elite der Partei, das heißt unter den tüchtigsten Kämpfern der Partei — einerlei in welcher Stellung und ganz gleich ob ehemalige Lassalleaner oder Eisenacher — hat die wissenschaftliche Entwicklung der Partei, die Erziehung zum wissenschaftlichen Sozialismus, auch unter der Aera des Sozialistengesetzes und unter dessen härtesten Kämpfen nicht einen Moment aufgehört und herzerhebende Fortschritte gemacht. Die Einheitlichkeit der theoretischen Anschauung bekundete sich in Halle. Es war ein großer Moment, als auf dem Parteitage dort nachdem erklärt worden war, daß wir mit dem letzten Rest des Lassalleanismus brechen und ein neues, der heutigen Höhe der Wissenschaft entsprechendes Programm ausarbeiten müßten, alle Delegirten begeistert zustimmten, und auch nicht der leiseste Widerspruch laut wurde. Man war einig darin: Alles was nicht mehr zeitgemäß, was der Wissenschaft zuwider ist, soll entfernt werden.

Der Vorstand wurde beauftragt, einen Entwurf auszuarbeiten und dafür zu sorgen, daß derselbe der Partei mindestens 3 Monate vor dem nächsten Parteitage vorgelegt werde. Der Parteivorstand hat sich dieser Verpflichtung entledigt. Schon ehe die Frist verstrichen war, konnte der Entwurf vorgelegt werden. Und es ist wiederum ein glänzender Beweis für die Einheitlichkeit der Partei und für ihre geistige Fortentwicklung: obgleich dieser Entwurf dem Kompromißprogramm und den darin ausgesprochenen Gedanken nach keiner Richtung Konzeffionen machte, obgleich mit jenen falschen Forderungen — richtiger mit den falschen Formulirungen unserer Forderungen — vollständig gebrochen wurde, ist in der dann folgenden, über 3 Monate langen Zeit der Debatte in der Partei auch nicht von einer einzigen Seite prinzipielle Opposition erhoben worden. Die Partei ging emsig daran, den Entwurf zu kritisiren, und es war ein wahrer Genuß, wie überall die Genossen zusammentraten, um, während sie gleichzeitig mit allen übrigen Parteien den Kampf führten, das Programm festzustellen, dafür zu sorgen, daß es der Partei würdig sei — wie Jeder seinen Stein herbeitragen wollte zu dem Bau, damit dieser möglichst vollendet und der Partei würdig sich gestalte. Die Parteipresse that ihre Schuldigkeit bei Diskussion des Entwurfs. Namentlich die „Neue Zeit“ hat in einer Reihe von Artikeln scharfe Kritik, von allen — befreundeten und feindlichen — Zeitungen wohl die schärfste Kritik an dem Entwurfe geübt, allein auch von ihr mußte zugestanden werden, daß der neue Entwurf, wenn auch in der Formulirung der Grundsätze dieses und jenes präzisier, anders sein könnte, prinzipiell vom Standpunkte der Wissenschaft unanfechtbar sei, und daß es sich nur um

E

redaktionelle Aenderungen handeln könne. Fürwahr, imposanter als in dieser Programmdiskussion konnte die Einheitlichkeit der Partei einerseits, ihr wissenschaftlicher Fortschritt andererseits nicht betätigt werden. Und in den Beratungen unserer Kommission über das Programm — das erwähne ich gleich — hat derselbe Geist der Einheitlichkeit und Einheit geherrscht.

Ich habe nun von den Grundsätzen zu reden, die uns bei diesen, Ihnen jetzt vorliegenden Entwürfe geleitet haben. Vor allen Dingen — das darf nicht aus den Augen verloren werden — muß ein Programm in einer klaren und allgemeinverständlichen Sprache abgefaßt sein, es muß kurz und forrett, es darf wissenschaftlich nicht ansichtbar sein. Alle diese Eigenschaften: verständliche Sprache, Kürze und Wissenschaftlichkeit zu vereinigen, ist außerordentlich schwer. Man kommt leicht dazu, mehr in einem Programm sagen zu wollen, als hineingehört. Man darf nicht ein Programm verwechseln mit einem Manifest, welches als Anlagenschrift der heutigen Gesellschaft entgegengeschleudert, ihr als Spiegel vorgehalten wird, wie vor 43 Jahren das kommunistische Manifest. Dies Manifest sollte übrigens neu geschrieben werden, oder vielmehr ein neues müßte geschrieben, und dem alten, das ein historisches Astenstück von unvergänglichem Werth ist, angefügt werden. Und der würde sich verdient machen um die Partei, der, nachdem wir das neue Programm erhalten haben werden, auch ein neues Manifest schriebe — ein Manifest von 1891 — während das alte das Datum von 1848 trug. Was in ein Manifest gehört, gehört nicht in ein Programm. Und weiter: wenn ein Programm auch deutlich sein soll, so kann es doch nicht zugleich ein Kommentar sein. Die Agitatoren, die Journalisten, die „Gelehrten der Partei“ haben die Kommentare zu geben. Das Programm soll die Grundsätze mit den aus ihnen erwachsenden Forderungen, jedoch keine Erläuterungen dazu enthalten — es soll bloß soviel sagen, als im Interesse der Verständlichkeit unbedingt ist.

Von diesen Gesichtspunkten ausgehend, sahen wir in der Kommission uns von vornherein genöthigt, eine große Anzahl von Vorschlägen zu beseitigen, weil sie nach unserer Meinung wohl in ein Manifest oder in einen Kommentar gehörten, nicht aber ins Programm. Es ist unmöglich, ein Parteiprogramm so deutlich zu machen, daß demjenigen, der noch nicht parteiwissenschaftlich geschult ist, alle Sätze und Forderungen von vornherein klar sind. Die Genossen müssen lernen und geschult werden. Die Schulung ist eben Sache der Propaganda, der Agitation, des Kommentars, der Parteiliteratur und der Partei-Bildungsanstalten.

Verständlich muß das Programm sein. Gewiß da kam nun an uns die Forderung, es deutlich zu schreiben und Fremdwörter zu vermeiden. Niemand erkennt mehr als ich die Pflicht an, ein

Fremdwort zu vermeiden, das durch ein einheimisches deutsches Wort zu ersetzen ist; aber das darf nicht auf Kosten der Verständlichkeit und der wissenschaftlichen Präzision geschehen. Willkürliche Wortbildungen sind vom Uebel. Und die internationale Wissenschaft hat Fremdwörtern das Heimathsrecht gegeben. Die Wörter Kapital, kapitalistisch, Kapitalismus, sozialistisch, Sozialismus sind unmöglich ins Deutsche zu übersetzen, ebensowenig Produktion, produktiv, Produktivität u. s. w. Wir haben es versucht, einige dieser Wörter zu verdeutschen, wir wollten z. B. das Wort Produktionsmittel durch Arbeitsmittel ersetzen, mußten aber das deutsche Wort ichtlich wieder beseitigen, weil es einen weit weniger umfassenden Begriff darstellt als das Fremdwort Produktionsmittel. Marx selbst hat zwischen beiden Wörtern einen scharf abgegrenzten Unterschied gemacht, und so mußte das deutsche Wort geopfert werden, weil es nicht wissenschaftlich forrett das ausdrückt, was ausgedrückt werden sollte und mußte. Auch das Wort Monopol war im ersten Entwurf geopfert — ein häßliches Wort nach jeder Richtung, nach Sinn und Klang; wir hatten für Monopol und Monopolistiren die Ausdrücke gebraucht: Alleinbesitz, Aneigner der Arbeitsmittel; bei genauer Prüfung erkannten wir aber auch hier, daß die Fremdwörter nicht entbehrt werden konnten. Für die Masse des Volkes wird durch die Fremdwörter das Verständniß des Programms unzweifelhaft erschwert, aber für den geschulten Parteigenossen, der das „Kapital“ gelesen hat oder es aus volkstümlichen Bearbeitungen kennt und in unserer Parteiliteratur Bescheid weiß, sind diese Fremdwörter geläufig; und Ihre Sache, meine Herrn Delegirten, die Sie ja auch meistens Agitatoren sind, ist es, sie Denen verständlich zu machen, die noch nicht so weit sind. Dem Vorwurf, daß wir zu viel Fremdwörter gebraucht hätten, ein Vorwurf, der noch heute mir unter vier Augen gemacht wurde, habe ich hiermit die Spitze abgebrochen. Wir haben unser Bestes gethan — und wo es immer anging, ohne der Präzision des Ausdrucks zu schaden, die Fremdwörter beseitigt.

Und nun habe ich kurz zu sprechen über die Arbeiten der Kommission. Sie ernannten eine Kommission, welche mit Benutzung der Aufträge zu dem Vorstand's-Programm-Entwurf und zu den weiteren Programm-Entwürfen Ihnen einen Entwurf ausarbeiten und vorlegen sollte. Die Kommission von 21 Mitgliedern, darunter sämmtliche Antragsteller, hat 4 Sitzungen gehalten. Sie tagte am Sonntag von 9 bis 1/2 Uhr und hielt dann gestern Vor- und Nachmittag je eine Sitzung ab; dann vereinigte sich die von der Kommission gewählte Redaktionskommission, welche den Text mit den verschiedenen Beschlüssen in eine einheitliche, korrekte Form zu bringen hatte; und um 8 Uhr Abends hatte die Gesamtkommission eine vierte Sitzung, in welcher wir die letzte Redaktion vornahmen und den Entwurf so gestalteten, wie er Ihnen jetzt vorliegt. E

Das Erste, was wir, als wir in die Arbeit eintraten, zu thun hatten, war, uns darüber zu einigen, welchen der vorhandenen Entwürfe wir zur Grundlage nehmen sollten. Wir kamen auf Grund reichlicher Beratung dahin überein, den Entwurf der „Neuen Zeit“, welcher nach dem Entwurf des Vorstandes ausgearbeitet war, auf diesem fußte, aber verschiedene Mängel desselben vermied und in manchen Punkten vielleicht klarer ausgedrückt war, zur Grundlage zu nehmen — selbstverständlich unter der Voraussetzung, daß aus dem Vorstandes-Entwurf und den anderen Entwürfen, sowie aus den Anträgen alles was passend erschien und eine Verbesserung oder nothwendige Ergänzung bedeutete, herüberzunehmen und mit dem Text organisch zu verschmelzen sei. Eine „Schlacht der Meinungen“, von der, wie ich höre, gesprochen worden ist, hat nicht stattgefunden. Das sage ich ausdrücklich — und es ist nicht einmal wahr, daß es in der Kommission eine Majorität und eine Minorität gegeben habe. Es war ein Theil dafür, daß man den Vorstandes-Entwurf, ein anderer, und zwar der größere, dafür, daß man den Entwurf der „Neuen Zeit“ zu Grunde legte; von einer Majorität und Minorität im Sinne prinzipiellen Gegensatzes, als ob eine Ueberstimmung oder gar Vergewaltigung der Minorität erfolgt wäre, kann nicht die Rede sein. Nachdem ausgemacht war, welcher der Entwürfe die Grundlage für unsere Beratungen zu bilden habe, gingen wir sofort ans Werk und haben alle, indem wir uns in der gleichen Gedankenrichtung bewegten, harmonisch zusammen gearbeitet; und der Entwurf ist, von einigen Ausdrücken abgesehen, so ziemlich das geworden, was er geworden wäre, wenn man den Vorstandes-Entwurf zu Grunde gelegt hätte. Das hebe ich hervor, um falsche Anschauungen zu berichtigen und Mythenbildungen vorzubeugen. Der Entwurf in der Fhnen vorliegenden Form ist einstimmig angenommen worden, und alle 21 Mitglieder der Kommission werden für ihn eintreten. Kann die Einheitlichkeit der Partei, die absolute Gleichheit des Denkens und Fühlens, des Zieltes, der Auffassung besser bewiesen werden, als durch diese Thatsache? Der gleiche Geist hat in der Partei stets geherrscht, und so lange sie besteht, muß er, ihrem Wesen nach, in ihr herrschen. Er macht es aber — das mögen die Gegner sich merken — ganz unmöglich, daß prinzipielle Differenzen, daß „Spaltungen“, auf welche unsere Gegner so sehnlichst gehofft haben und hoffen, überhaupt zum Ausbruch kommen könnten.

Ich bitte nun zunächst, einige Korrekturen in dem gedruckten Entwurf vorzunehmen. In Punkt 5 der Forderungen muß es statt „öffentlich und privatrechtlicher“ heißen: „öffentlich und privatrechtlicher“; ferner unter Punkt 7 statt „Ausbildung“ — „weiteren Ausbildung“; ferner in Punkt 10 statt „und Entfernung der Verwandtschaft“ — „und nach dem Grade der Verwandtschaft“. Durch die letztere redaktionelle Verbesserung, über welche allerdings sich

noch nicht alle Mitglieder der Kommission, sondern nur die Urheber dieses Passus geeinigt haben, für welche wir aber allgemeine Zustimmung voraussetzen, wird der Sinn nicht alterirt.

Ehe ich nun, so weit es bei der vorgerückten Zeit angeht, in die Einzelheiten des Programms eingehe, habe ich noch einige mehr allgemeine Bemerkungen zu machen. Daß der sogenannte „Kassale'sche Vorschlag“ gefallen ist, verstand sich von selbst nach der Art und Weise, wie der Wille der Partei sich in Halle geltend gemacht hat. Des Weiteren ist, ebenfalls entsprechend den dort zum Ausdruck gelangten Anschauungen, das „eherne Lohngesetz“ beseitigt. Es ist zwar von einer Seite noch der Versuch gemacht worden, den Ausdruck, mit einem erklärenden Satz versehen, zu erhalten, allein das hätte nur Verwirrung geschafft. Die ungeheure Mehrzahl der Partei ist zu der Erkenntniß gelangt, daß das, was den berechtigten Inhalt des „ehernen Lohngesetzes“ bildet: die nothwendige Proletarisirung und Enteignung der Reichthum schaffenden Arbeiter durch die Besitz der Arbeitsinstrumente, durch den ganzen prinzipiellen Theil des Programms klar, korrekt und zutreffend ausgedrückt ist, der Gedanke, daß diejenigen, welche die Produktionsmittel besitzen, in diesen die Mittel zur Knechtung, Ausbeutung und Proletarisirung ihrer nicht im Besitz von Produktionsmitteln befindlichen Mitmenschen haben, zieht sich wie ein rother Faden durch das neue Programm, das den, im sogenannten „ehernen Lohngesetz“, unpräzise und einseitig bezeichneten Prozeß der kapitalistischen Ausfaugung auf seine Ursachen zurückführt und in seiner Wirksamkeit darstellt. Ferner ist fallen gelassen das Schlagwort von der „einen reaktionären Masse“. Der Eine oder der Andere hätte es gerne noch festgehalten. Wahr ist es ja, daß alle Gegner im Kampf wie „eine reaktionäre Masse“ uns geschlossen gegenüberstehen, und daß der Ausdruck oft zutreffend war, und gute Dienste geleistet hat. In einem Manifest kann er stehen, in einem Kommentar kann darüber geredet werden, aber er gehört nicht in ein Programm. Erstens ist es nicht wahr, daß alle anderen Parteien „eine reaktionäre Masse“ sind; und zweitens ist der Ausdruck so kauschufartig, so unwissenschaftlich, daß er schon deshalb in einem Parteiprogramm, das auf Wissenschaftlichkeit Anspruch macht, vermieden werden muß. Daß alle anderen Parteien auf dem Boden des Kapitalismus stehen und deshalb uns, die wir den Kapitalismus stürzen wollen, prinzipiell feindlich sind, das ist die Wahrheit, und das ist im Programm gesagt. Sie werden weiter im Entwurf ein Wort nicht finden, welches den ehemaligen Kassalleern und, aus Kassalle's Schriften, auch den Eisenachern sehr werth geworden war, das Wort „Arbeitsvertrag“. Der Satz, daß Jedem der Ertrag seiner Arbeit gegeben werden solle, war ja längst aufgegeben, doch den Ausdruck „Arbeitsvertrag“ hätte Mancher gern beibehalten. Er ist aber unter allen Umständen

unwissenschaftlich und gehört deshalb nicht in unser Programm. Von einer Seite wurde vorgeschlagen, statt „kapitalistisch“ zu sagen „privatkapitalistisch“. Das ging jedoch nicht an. Man kann wohl von einer privaten kapitalistischen Produktion reden, das ist absolut korrekt, aber umfaßt bloß einen Theil der kapitalistischen Produktion. Wir haben es mit der gesammten kapitalistischen Produktion zu thun, die nicht nothwendig privat zu sein braucht, sondern auch, wie wir schon jetzt sehen, ganz erheblich vom Staate betrieben wird. Der Staat, der sich selbst an die Stelle des privaten Unternehmers setzt, betreibt die kapitalistische Ausbeutung genau so wie der Privatunternehmer. Und er kann noch einen größeren Druck ausüben. Wie wir es in unserem ersten Entwurf ausgedrückt hatten, — in dem vorliegenden Entwurf fehlt aber der Passus — ist der Staatskapitalismus die schlumstige Form des Kapitalismus, weil er die ökonomische und die politische Gewalt in einer Hand konzentriert, und so die Unterdrückung, die Ausbeutung des Arbeiters noch schärfer, noch intensiver betreiben kann, als es der private Kapitalismus vermag.

Ein anderer Vorschlag ging dahin, statt „kapitalistisch“ zu sagen „großkapitalistisch“, weil man sich nicht gegen das Kleinkapital wenden müsse. Nun, Kapitalismus ist Kapitalismus. Marx hat das „Kapital“ geschrieben; er hat kein Buch nicht das „Großkapital“ genannt. Die kapitalistische Ausbeutung ist eine und dieselbe; daß sie um so intensiver wird, je mehr das Kapital sich konzentriert, das liegt eben im Wesen der kapitalistischen Produktion, die ihrer Natur nach ausbeuten muß, und ohne Ausbeutung überhaupt nicht denkbar ist. Wir mußten also bei „kapitalistisch“ bleiben.

Weiter wird man an dem Entwurf bemerken, daß das Wort „Staat“ darin fehlt. Es fehlte auch in dem Entwurf des Vorstandes, und in allen anderen Entwürfen, auch in dem Magdeburger, der manche recht gute Formulierungen enthält. Ueber die Frage des Staates, d. h. über die Frage, ob die sozialistische Gesellschaft ein Staat sei oder nicht, will ich mich hier nicht auslassen. Ich weiß, daß ich in diesem Punkt mit manchem Kollegen in Meinungsdivergenz bin, aber soweit ich im Spiel bin, ist die Differenz ein reiner Wortstreit. Daß der Staat nur die Form der Gesellschaft sein kann; daß die bürgerliche Gesellschaft jede Form von Staat zur Ausbeutung benutzt; daß der bürgerliche Staat unter allen Umständen ein Klassenstaat sein muß; und daß, so lange die bürgerliche Gesellschaft besteht, der Staat ein Klassenstaat sein muß, d. h. die staatlich organisierte Ausbeutung, das ist eine Wahrheit, die für jeden denkenden Sozialdemokraten selbstverständlich ist. Für mich ist die Frage bloß die, ob die Form und Organisation, welche die menschliche Gesellschaft sich giebt, nachdem der Klassenstaat mitsammt der bürgerlichen Gesellschaft und der kapitalistischen

Produktion gefallen ist, ein Staat genannt werden kann oder nicht. Ich habe nicht finden können, — und darin weiche ich von verschiedenen meiner Freunde ab — daß in dem Worte und Begriffe „Staat“ an sich nothwendig der Begriff der Unterdrückung und Ausbeutung liegt. Das Wort „Staat“ hat ja eine sehr weite Bedeutung; es heißt überhaupt geordnete Gesellschaft. Man redet vom „Vienensstaat“, vom „Ameisenstaat“, vom „Gelehrtenstaat“, wobei an Ausbeutung und Knechtung nicht gedacht wird, sondern nur der Begriff eines geschlossenen, geordneten Gemeinwesens ausgedrückt werden soll. Wie dem nun sei, den Ausdruck „Staat“ konnten wir in das neue sozialdemokratische Programm nicht hineinbringen, einmal schon, weil der Begriff ein streitiger ist, und zweitens, weil wir es jetzt mit dem Staate nur insoweit zu thun haben, als er uns feindlich gegenübersteht. Was wir klar zu machen haben, ist: Der Staat vertritt jetzt und muß vertreten, so lange die Klassenherrschaft besteht, die herrschenden Klassen, er muß ein Klassenstaat sein, und diesen Staat haben wir zu bekämpfen im politischen Kampfe, indem wir alle Waffen, welche wir haben, benutzen, um die politische Macht zu erlangen, damit wir uns von diesem Klassenstaat befreien. In anderer Weise haben wir es jetzt mit dem Staate nicht zu thun.

Und nun will ich an die Hauptgrundsätze des Programms eingehen. Es ist selbstverständlich nicht zu erwarten, daß ich jetzt und hier alle einzelnen Gesichtspunkte erläutere; ich muß mich darauf beschränken, die Gedanken des Allgemeinen Theils im Großen und Ganzen darzulegen. Bei den Detailforderungen werde ich nur erwähnen, was wirklich einer Erwähnung bedarf, weil es noch nicht genügend debattirt ist oder von der früheren Formulirung abweicht. Der Gedanke, der uns leitete, der in allen dem Kongreß unterbreiteten Programm-Entwürfen gleichmäßig zu Tage tritt, ist der, die Ursachen scharf zu bezeichnen, aus denen die heutigen gesellschaftlichen Mißstände hervorgegangen sind — den wirtschaftlichen Entwicklungsprozeß darzustellen, welcher die kapitalistische Welt, die heutige Gesellschaft, in zwei feindliche Lager theilt, die Nothwendigkeit des Klassenkampfes in der kapitalistischen Gesellschaft darzulegen — klarzulegen, wie mit Naturnothwendigkeit, so lange die bürgerliche Gesellschaft besteht, auch das System der Ausbeutung und Unterdrückung bestehen muß. Als die Ursache der Trennung der Gesellschaft in zwei feindliche Heerlager mußte hingestellt werden: daß die Produktionsmittel, das heißt der Grund und Boden, die Rohstoffe, die Werkzeuge, die Maschinen, die Bergwerke, die Verkehrsmittel aus dem Besitz der Allgemeinheit, der gesammten Gesellschaft, übergegangen sind in den Privatbesitz Einzelner. Wenn wir uns einen Zustand denken, in welchem die nothwendigen Produktionsmittel im Besitz jedes Einzelnen sind, so daß ein Jeder

unabhängig vom Anderen arbeiten kann, dann giebt es keine Waarenproduktion, es erzeugt Jeder wesentlich für sich selbst, es giebt keine Abhängigkeit des Einen vom Anderen, keine Ausbeutung und Knechtung. Ob und inwieweit ein solcher Zustand bestanden hat, das auszuführen ist Sache des Kommentars. Möglich und denkbar ist er bloß in einer solchen Gesellschaftsform wo die Produktionsmittel, namentlich das vornehmste derselben, die Allmutter Erde, in dem Besitz der wirklich Produzierenden, der Arbeiter, sind. Von dem Moment an, wo das Privateigentum an den Produktionsmitteln entsteht, beginnt auch die Ausbeutung und die Spaltung der Gesellschaft in zwei durch Interessen einander feindlich entgegenstehende Klassen. Dieser Prozeß vollzieht sich nicht plötzlich, er geht aber unaufhörlich vor sich, er ist zurück durch das Mittelalter bis ins graueste Altertum zu verfolgen. In der bürgerlichen Gesellschaft, mit der wir uns zu beschäftigen haben und mit der das Programm sich beschäftigt, vollzieht er sich nun mit zunehmender Schnelligkeit und Wucht, je nach dem Maß, in welchem die Arbeitsmittel konzentriert und Monopol oder Eigentum einer kleinen Minorität werden, und je nach der größeren Produktivität der Produktionsmittel, die stets vollendeter werden. Die einfachen Werkzeuge werden zu Maschinen, die Maschinen selbst vervollkommen sich immer mehr, die Kapitalien und mit ihnen die Intensität der Produktion wachsen fortwährend, aus dem Kleinbetriebe entwickelt sich der Großbetrieb, aus diesem, wie wir ihn im Anfang der großkapitalistischen Produktion hatten, der moderne Riesenbetrieb, und auch dieser selbst genügt nicht mehr, — die Riesenbetriebe koalieren sich in Trusts, in Kartellen, in Verbänden u. s. w. Und mit dieser Konzentration der Kapitalien, der Produktionsmittel nimmt auch in gleichem Maße zu einerseits die größere Intensität der Produktion, die ins Unendliche gesteigert wird, und andererseits die Intensität der Ausbeutung, die Ausjaugung der Mittelschichten, die Unsicherheit der Existenz des Proletariats, der Grad des Glends, des Druckes, der Knechtung.

Dieser historische Entwicklungsprozeß der Gesellschaft und die Gesetze, nach denen er sich vollzieht, mußten in dem Programm dargelegt werden, es mußte gezeigt werden, wie in dieser Trennung der Arbeiter von den Produktionsmitteln die heutigen Zustände ihren Ursprung haben, — wie mit der größeren Konzentrierung der Produktionsmittel die Ausbeutung gewachsen ist und wachsen muß — wie gerade in der Thatfache, daß die Produktionsmittel Privateigentum werden, die Wurzel des Übels liegt, — wie aus dieser Thatfache mit Notwendigkeit sich die Ausbeutung ergibt. Denn Derjenige, der die Arbeitskraft hat, aber nicht die Mittel, vermöge deren er sie betätigen, verwerthen, in „das wirtschaftliche Spiel der Kräfte“ hineinbringen kann, — der kann nicht

leben; er ist untrennbar von seiner Arbeitskraft, und, will er nicht verhungern, so muß er sich in den Dienst eines Anderen begeben, der ein Privateigentum an Produktionsmitteln hat. Und hieraus entsteht und entwickelt sich die ökonomische Abhängigkeit, die ökonomische Ausbeutung, und aus dieser die politische Abhängigkeit und Knechtung in jeder Form — ein Prozeß, der, wie gesagt, mit steigender Rapidität vor sich geht. Die Spaltung der Gesellschaft wird immer tiefer und vollständiger — was zwischen beiden Extremen: Kapitalist und Proletarier steht, die sogenannten Mittelschichten der Bevölkerung, die noch ein kleines Eigentum an den Produktionsmitteln haben, die aber selber arbeiten müssen, wenn sie auch fremde Kräfte gebrauchen, diese Mittelschichten — um den etwas vagen Ausdruck „Mittelstände“ zu beseitigen — verschwinden mehr und mehr, und der ganze Entwicklungsprozeß der heutigen Gesellschaft geht mit Notwendigkeit, kraft des innersten Wesens dieser Gesellschaft darauf hin, daß die Produktionsmittel sich in wenigen Händen konzentrieren, und daß die Besitzer, die Monopolisten der Produktionsmittel die Nichtbesitzer enteignen, ihres Eigentums berauben, so daß die ganze Geschichte der bürgerlichen Gesellschaft eine Geschichte der Expropriation ist, die Expropriation in Permanenz. Der Besitzer der Produktionsmittel expropriiert den, der keine besitzt und gegen Lohn für ihn arbeiten muß; er bezahlt in dem Lohn nur einen Teil der ihm geleisteten Arbeit; der Mehrwert, die nicht bezahlte Arbeitsleistung, wird in seiner, des Besitzers der Arbeitsmittel, Hand zum Kapital und setzt ihn in Stand, dem Arbeiter die Fesseln enger und fester zu schnüren, seine Knechtung und Ausbeutung zu vollenden. So schmiedet der Arbeiter, indem er arbeitet und Reichtum schafft, sich selber die Sklavenkette. An diesem Prozeß können fromme Wünsche nichts ändern. Alle Kritiken des Kapitalismus, welche nicht auf den Kern gehen, sind unfruchtbar — alle Versuche, unter Beibehaltung der Grundlagen des Kapitalismus, dessen „Auswüchse“ zu beseitigen, sind Utopisterei. Diese „Auswüchse“ sind die logische Folge, die unvermeidliche Konsequenz des kapitalistischen Systems — wer sie beseitigen will, muß die Ursache, muß das kapitalistische System beseitigen. Durch diese Forderung unterscheidet sich die Sozialdemokratie von allen übrigen Parteien und kennzeichnet sich als revolutionäre Partei, während alle anderen Parteien ohne Ausnahme auf dem Boden des Privateigentums an den Produktionsmitteln stehen. Wir haben diesen Punkt, seiner eminenten Wichtigkeit wegen, in dem Ihnen jetzt vorliegenden Entwurf genauer und schärfer formuliert, als es in dem ersten Entwurf der Fall war. Es war dort gesagt, daß alle anderen Parteien gemeinsam auf dem Boden des Kapitalismus ständen, und darum allesamt den Arbeiterklassen feindlich seien. Hiergegen ließ sich einwenden, daß wir ja in Deutschland Bestrebungen haben,

die, wenn auch politisch ohne Bedeutung, gleich uns doch darauf hinarbeiten, dem Kapitalismus, soweit er sich als Großkapitalismus äußert, die Flügel zu beschneiden — ich meine die Richtung der Zünftler, der Zünnungschwärmer, der Antifemiten. Diese Richtungen können wir billigerweise nicht als kapitalistische bezeichnen, aber sie stehen, wie es in unserem Entwurf ausgedrückt ist, auf dem Boden des Privateigentums an den Produktionsmitteln, und auf diesem Boden stehen sie gemeinsam mit allen übrigen Parteien. Und allen Parteien, die diesen Boden gemeinsam haben, stehen wir Sozialdemokraten gegenüber als eine geschlossene Masse. Da giebt es kein Paktieren, kein Kompromittieren; zwischen uns und der Armee unserer verbündeten Gegner ist eine breite Kluft, eine täglich breiter und tiefer werdende Kluft, die allerdings, weil das jenseitige Ufer höher, von drüben her wirtschaftlich Überprüfungen werden kann, denn täglich, stündlich werden ja aus den Reihen unserer Gegner durch die Wucht und Logik der ökonomischen Entwicklung Schaaren, die bisher dort kämpften, herübergeschleudert in das Proletariat — wobei freilich Tausende und Hunderttausende in den Abgrund stürzen und elend verkommen. Aber diese bodenlose Kluft, sie wird durch ihre Leiber nicht ausgefüllt und besteht — es ist die Grenzlinie, welche uns von allen anderen Parteien abscheidet; und Jeder, der über diese Grenzlinie gehen will, sich kleinbürgerlichen Utopistereien hingiebt, der nicht jeden Augenblick klar vor Augen hat, daß nur die Befestigung der Ursache, nur die Aufhebung des Privateigentums an den Produktionsmitteln, nur die Aufhebung der ganzen heutigen Produktions- und Waarenerezeugungsweise allein dem Elend, der Ausbeutung, der Knechtung ein Ende machen kann, wer da wähnt, allmählich auf dem Wege der Kompromisse, mit kleinbürgerlichen Salben und Palliativmitteln lassen sich die Uebel der heutigen Gesellschaft so mildern, daß man sie wenigstens auf eine Zeit lang noch ertragen könne — wer solchen Anschauungen huldigt, verläßt den revolutionären Boden der Partei. Das haben wir zu bedenken, wenn wir fragen: Gehörst Du zu uns, oder nicht? Die schönste Phrase von Verbesserung des Arbeiterlozes nützt nichts, dadurch kann uns nicht geholfen werden.

Im Wesen der heutigen Gesellschaft und Produktion liegt es, daß die Ausbeutung immer intensiver wird. Können wir durch die Gesetzgebung des Staats, und wäre er noch so mächtig, zurückgeschraubt werden in das Mittelalter, kann der Großbetrieb dem Kleinbetriebe geopfert werden, wie die Zünnungschwärmer wollen? Nein, es ist einfach unmöglich. Hat doch der heutige Klassenstaat, der dem Kapitalismus dienen muß, nicht einmal in der so einfachen Frage des Arbeiterschutzes die Macht gehabt, sich von der herrschenden Klasse loszulösen — derselbe Staat, den Träumer als „soziales Königtum oder Kaiserthum“ bezeichnet haben! Die Gesellschaft läßt sich

E

nicht in frühere, geschäftlich überwundene Produktionsformen zurückzwingen und die neuen führen mit Naturnothwendigkeit zu immer größerer Konzentration der Produktionsmittel, zu immer größerer Ausbeutung und Knechtung, zu immer massenhafterer Proletarianisation der Gesellschaftsglieder. Darum fordert die Sozialdemokratie, daß hier am Grunde, an der Wurzel zugegriffen, die Ursache dieser Zustände beseitigt wird. Das fordert sie nicht nach Laune, sondern vollbewußt, weil sie auf der Höhe jener Weltanschauung steht, welche die Gesellschaft als Organismus auffaßt, der mit Naturnothwendigkeit wächst und sich fortentwickelt. Sie sieht, daß die heutige Gesellschaft Zustände geschaffen hat, welche dieselbe zerstören müssen; sie sieht — was in allen unseren Programm-Entwürfen ausgedrückt ist —, daß die heutige Gesellschaft mit eherner Logik hineintreibt in eine Katastrophe, in ihren eigenen „Weltuntergang“, der nicht abzuwenden ist. Der Sozialismus ist keine willkürliche Erfindung. Der sogenannte Zukunftsstaat, mit dem wir gehöhnt worden sind, und dessen Grundzüge wir selbstverständlich nur in allgemeinen Umrissen bezeichnen können, ist die nothwendige, unvermeidliche Folge des kapitalistischen Gegenwartstaates, wie die sozialistische Produktion die nothwendige Folge und Konsequenz der heutigen kapitalistischen Produktion ist. So schafft der Kapitalismus, indem er sich immer weiter ausdehnt und seine Machtmittel ins Unermeßliche häuft, zugleich selber den Feind und die Machtfaktoren, denen er erliegen muß — schafft sich, wie es in dem kommunistischen Manifest heißt, seine eigenen Todtengräber, gräbt sich selber das Grab. Das Proletariat, das der Kapitalismus erzeugt, macht er selbst zu seinem Erben, bereitet ihm die Erbschaft vor, schmiedet ihm die Waffen, giebt ihm die Möglichkeit, das zu verwirklichen, was wir erstreben, schafft ihm die materiellen Bedingungen zur Verwirklichung unseres Ideals — kurz der kapitalistische Gegenwartstaat ist der Vater wider Willen des Zukunftsstaates. In einem Zustand des bürgerlichen Kleinbetriebes, der Zergwirthschaft, da war wohl ein sich Sozialismus nennender philanthropischer Utopismus möglich, aber der revolutionäre wissenschaftliche Sozialismus, der die Gesetze der Entwicklung begriffen hat und sich als letzte Konsequenz dieser Entwicklung betrachtet, war einfach unentbar. Der Sozialismus ist die Folge des modernen Kapitalismus, der sozialistische Staat der Nachfolger und Erbe des kapitalistischen Staates.

Darum haben wir denn auch in unserem Programm-Entwurf nicht irgend ein nebelhaftes Ziel hingestellt, das in der Luft schwebt. Wir haben gesagt, was ist und was wird! Wir haben gesagt: so ist die Gesellschaft, das sind ihre Gesetze, die wir nicht ändern können so wenig wie der heutige Staat sie ändern kann — sie führen mit Nothwendigkeit zur sozialistischen Gesellschaft und, weil der Sozialismus eine gesellschaftliche Nothwendigkeit ist, deshalb streben wir ihm

zu und fordern die Arbeiter auf, sich zu stellen unter das Banner der Sozialdemokratie, und zu treten in den Ring — wie weiland die revolutionären Bauern das Wort brauchten — in den Ring des sozialdemokratischen Programms!\*)

Wir haben ausgesprochen, daß die Bewegung sich vollzieht auf dem Boden des Klassenkampfes. Dieses Wort, welches zuerst von Marx aus dem Englischen in die deutsche Sprache gebracht worden ist, bildet die beste Widerlegung der Annahme, als ob die Marxsche Lehre, der wissenschaftliche Sozialismus, ein Eingreifen der Personen in den wirtschaftlichen Entwicklungsprozeß ausschliesse, und einen gewissen Fatalismus, ein thatenloses Zuharren begünstige. Das ist falsch. Das genaue Gegenteil ist wahr. Gerade Marx war es, der die ganze Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft als die Folge einer Reihe von Klassenkämpfen, die, den sich ununterbrochen weiter entwickelnden ökonomischen Verhältnissen entsprechend, sich in immer höheren Formen, mit immer tieferem und weiterem Inhalt vollziehen, dargestellt hat. Und der Klassenkampf ist ein Kampf von lebendigen Menschen, ein wirklicher, persönlicher, realer Kampf, und Niemand hat diese Natur des Kampfes schärfer ausgedrückt als eben Marx.

Wenn wir erklären: wir wollen den heutigen Klassenstaat beseitigen, dann müssen wir zugleich auch, um den Einwendungen der Gegner die Spitze abubrechen, es aussprechen, daß die Sozialdemokratie, indem sie den Klassenstaat bekämpft, durch Beseitigung der heutigen Produktionsform den Klassenkampf selbst aufheben will. Sind die Produktionsmittel in den Besitz der Allgemeinheit übergegangen, dann ist das Proletariat nicht mehr Klasse — so wenig wie die Bourgeoisie — dann hören die Klassen auf, dann ist nur noch die Gesellschaft, die Gesellschaft Gleichberechtigter vorhanden — die echte menschliche Gesellschaft, die Menschheit und das Menschentum. Es ist daher in schärfster Weise ausgesprochen worden und mußte ausgesprochen werden, daß wir nicht eine Klassenherrschaft an die Stelle der anderen setzen wollen. Nur Bosheit und Gedankenlosigkeit konnte uns beiläufig einen solchen Gedanken unterschreiben, denn um zu herrschen, um eine Herrschaft ausüben zu können, muß ich für meine Person Produktionsmittel besitzen — mein Eigentum an Produktionsmitteln ist die unerlässliche Vorbedingung der Herrschaft, und das persönliche, das private Eigentum an Produktionsmitteln beseitigt ja der Sozialismus. Die Herrschaft, die Ausbeutung in jeder Form soll beseitigt werden, die Menschen sollen frei sein und gleich, nicht Herren und Knechte, nur Genossen und Genossinnen, nur Brüder und Schwestern!

\*) Der Bauernspruch lautete: Der arme Konze bin ich, heiß ich, bleib ich, wer nicht will zahlen den bösen Pfennig, der trete mit in diesen Ring!

E

Neben diesen allgemeinen Gedanken hatten wir den internationalen Charakter der Partei zu betonen. Seit die Internationale Arbeiter-Assoziation gegründet wurde, seit Mitte der 60er Jahre, ist bei jeder Gelegenheit von den deutschen Arbeitern die Internationalität der Arbeiterbewegung anerkannt und bestätigt worden. Im neuen Programm haben wir diesen Gedanken nach zwei Seiten hin in schärfster Weise zum Ausdruck gebracht: einmal nach der ökonomischen Seite, indem die wirtschaftliche Entwicklung ihrer Natur nach einen internationalen Charakter trägt. Und dann nach der politischen Seite, weil aus dem internationalen Charakter der ökonomischen Entwicklung sich die Unmöglichkeit ergibt, die soziale Frage in einem Lande national zu lösen, woraus die Notwendigkeit internationalen Zusammenwirkens der Arbeiterklasse hervorgeht. Des Weiteren hatten wir — und angeichts der Mißbeutungen und verkehrten Schlüsse, zu denen gewisse Vorgänge im Auslande den Anlaß geliefert, war dies doppelt unsere Pflicht — mit besonderer Emphase und in Worten, die keinen Zweifel Raum lassen, zu erklären, daß wir uns eins fühlen und erklären mit den klassenbewußten Arbeitern aller übrigen Länder. Die internationale Sozialdemokratie ist für uns nicht ein Phantom, nicht bloß eine schöne Phrase, nein, sie ist ein Ziel, ohne dessen Erreichung die Emanzipation der Arbeiterklasse sich nicht vollziehen kann. Es ist uns heiliger Ernst mit der Internationalität. Wir sind uns der Konsequenzen unserer Erklärung, und der Verpflichtungen, welche sie uns auferlegt, voll bewußt, und wenn wir dies nicht ausdrücklich aussprechen, wie es im alten Programm der Fall war, so geschieht das bloß deshalb, weil wir es, nach unserer jetzigen Erklärung, daß wir uns eins erklären mit der Sozialdemokratie aller übrigen Länder, für überflüssig, ja für abschwächend gehalten haben. Was wir feierlich hier beschließen, wird von Jedem von uns, gleich allem anderen, was in diesem Programm steht, auch im Leben verwirklicht und in Taten und Handlungen umgesetzt werden! Im internationalen Bund des Proletariats wird die deutsche Sozialdemokratie stets ihre Schuldigkeit thun — vor nichts zurückschrecken, was die Pflicht gebietet!

Zu lenke Ihre Aufmerksamkeit noch auf den Satz im siebenten Absatz: „Der Kampf der Arbeiterklasse gegen die kapitalistische Ausbeutung ist notwendig ein politischer Kampf. Die Arbeiterklasse kann ihre ökonomischen Kämpfe nicht führen und ihre ökonomische Organisation nicht entwickeln ohne politische Rechte.“ Damit sprechen wir die politische Natur unserer Partei aus und trennen uns von denen, welche die sogenannte „Propaganda der Tat“ predigen, in Wirklichkeit die Tatenlosigkeit zum Programm erheben und die Propaganda des Nichtsthuns mit revolutionärem Phrasenschwall üben. Wir

E

müssen handeln, politisch wirken, alle Werkzeuge und Handhaben, die uns zu Gebote stehen, benutzen, alle Hebel ansetzen, um unser Werk zu fördern. Es ist viel zu thun, und je mehr Kraft wir anwenden, je größer die Gesamtsumme der Kraft, die wir in die Arbeit legen, desto rascher wird die Arbeit gethan. Zu erwarten, daß ohne Eintreten in den politischen Kampf die Umgestaltung der Gesellschaft, die soziale Revolution sich vollziehen werde, ist kindische Thorheit. Wer das denkt, hat keinen Begriff von der Schwierigkeit und Größe unseres Emanzipationskampfes. Ich habe in Halle von dem „Hineinwachsen der heutigen Gesellschaft in die sozialistische“ gesprochen. Das Wort ist mir vielfach verdacht worden. Ich habe damit bloß den organischen Charakter der Entwicklung der Gesellschaft, die keine Maschine ist, sondern ein Kollektiv-Lebewesen, bezeichnen wollen; ich habe aber bei jeder Gelegenheit, und auch damals, scharf betont, daß die Menschen nicht das Spielzeug des Schicksals sind, und daß sie nicht thatenlos dastehen dürfen, in Erwartung des Segens von Oben, — daß die Verhältnisse wohl den Menschen bestimmen, aber auch durch den Menschen bestimmt werden — und daß, wie der Klassenkampf ein beständiges Ringen der Menschen ist, so auch die Erreichung unserer Ziele nur die Frucht eines unablässigen Kampfes sein kann, in dem Alle mitkämpfen und Jeder rückhaltlos sein ganzes Ich in die Waagschale wirft, seine Existenz, — Gut und Leben freudig aufs Spiel setzt.

„Sie kann den Uebergang der Produktionsmittel in den Besitz der Gesamtheit nicht bewirken, ohne in den Besitz der politischen Macht gekommen zu sein“ — heißt es weiter in diesem Absatz, d. h. wir kämpfen um die Macht in dem Staat, um „die Kline der Gesetzgebung“, die jetzt von unseren Gegnern in ihrem Klasseninteresse monopolisiert wird. „Diesen Kampf der Arbeiterklasse zu einem bewußten und einheitlichen zu gestalten, ihm sein naturnotwendiges Ziel zu weisen, das ist die Aufgabe der sozialdemokratischen Partei.“ Also nicht das ist unsere Aufgabe, das Gaukelbild des Zukunftsstaates den Arbeitern vorzuzaubern, sondern die Arbeiter aufzuklären über den Entwicklungsprozeß und die Bewegungsgesetze der heutigen Gesellschaft — ihnen zu zeigen, was notwendig ist, damit der Ausbeutung und Knechtung ein Ende gemacht werde, — ihnen zu zeigen, wie die bürgerliche Gesellschaft selber in ihrer Weiterentwicklung uns mehr und mehr die Mittel in die Hand giebt, sie zu beseitigen. Hier drückt der Doppelcharakter unserer Partei sich deutlich aus: der wissenschaftliche Charakter, der es ablehnt, nach dem Bismarckschen Rezept der Blut- und Eisen-Politik die geschichtliche Bewegung als eine willkürliche aufzufassen, die man nach Belieben zur Revolution oder Reaktion lenken kann, und der da anerkennt: es sind feste, unabänderliche

Gesetze für die Bewegung vorhanden, — und der praktische Charakter unserer Partei, welcher sich darin bekundet, daß den Arbeitern der Weg zum Ziele gezeigt wird, daß ihnen gezeigt wird, wie sie nur durch die Erlangung der politischen Macht, nur dadurch, daß wir den Auflösungsprozeß der heutigen Gesellschaft nach Kräften beschleunigen, uns mehr und mehr zur Macht organisieren, zu unserem Ziele gelangen können. —

Ich komme nun zu den besonderen Forderungen. Wir haben die Dreitheilung des Programms, wie sie im Gothaer Kompromiß-Programm sich findet, nicht wieder vorgenommen. Sie wurde damals schon als unlogisch und unwissenschaftlich beanstandet, und was als Uebergangsform zwischen die allgemeinen Grundsätze und die besonderen Forderungen geschoben ward, ist jetzt einfach unannehmbar. Versuche, die Dreitheilung, wenn auch mit Weglassung nicht mehr haltbarer Programmsätze, in das neue Programm einzuführen, sind gemacht aber von uns zurückgewiesen worden und die Kommission steht jetzt einstimmig für das Programm ein, wie es vorliegt.

Wir haben also zunächst den organischen Entwicklungsprozeß der Gesellschaft dargelegt — gezeigt, wie die Gesellschaft in zwei Klassen gespalten worden ist, wie der Kapitalismus wirkt und wie er sich selbst den Untergang schafft. Nun wollen wir aber doch nicht die Hände in den Schooß legen, nicht wie unsere Gegner glauben, fasciniert oder hypnotisiert von dem Wolkentafelberg des Zukunftsstaates, dastehen. Der Kampf fordert uns; wir haben auf allen Gebieten, überall wo sich ein Kampffeld darbietet, mit Aufgebot aller Kräfte zu kämpfen, auf daß unser Einfluß in Staat und Gesellschaft immer größer werde. Jedes Mittel, und sei es noch so beschäblich, muß uns recht sein, — gleichviel ob es Gemeinewahlen oder Land- und Reichstagswahlen sind — gleichviel ob der Wirkungskreis groß oder klein — überall müssen wir thätig sein, und überall müssen wir an die Verhältnisse und Thatsachen antüpfeln, um die bestehenden Uebelstände und die Nothwendigkeit der Umgestaltung im sozialistischen Sinne den Massen klar zu machen. Darum sagen wir: wir sind eine Kampfpartei, wir kämpfen fortwährend; wir sind uns des revolutionären Charakters unserer Bewegung allezeit bewußt; wir sind verpflichtet, dieses Bewußtsein in den Genossen wach zu erhalten, — wir kämpfen Tag für Tag, wir kämpfen in den Gemeindevertretungen, in den Landtagen, im Reichstage, in der Presse, in Volksversammlungen — wir kämpfen überall, wo wir kämpfen können, — und wir kämpfen und ringen, um unsere Anschauung, die Weltanschauung der Sozialdemokratie, in immer weitere Kreise zu tragen und die Macht unserer Partei zu vermehren. So haben wir denn, da wir als vernünftige, thätkräftige Menschen nicht auf die gebratenen Tauben der sozialen Revolution

warten wollen, was ein politisches Abbanden wäre, eine Reihe von konkreten Forderungen aufgestellt, für die wir eintreten, möge der augenblickliche gesetzgeberische Erfolg sein, welcher er wolle — solche Forderungen, die, ich will nicht von allen sagen: auf dem Boden der heutigen Gesellschaft, aber doch innerhalb des Rahmens des Staates, wenn auch vielleicht nicht verwirklicht, doch angebahnt werden können und uns die Möglichkeit bieten, den Gebel anzusehen, und den Umgestaltungsprüfung zu beschleunigen.

An die Spitze haben wir, wie in allen früheren Programmen, die fundamentale Forderung des allgemeinen, gleichen Wahlrechts gestellt. Daß wir es nicht überschätzen, ist Jedem von Ihnen bekannt, und ich will nicht wiederholen, was hundertmal gesagt worden ist — diese Frage gehört aber zur Taktik und bleibt hier bei Seite.

Da ich mich der möglichsten Kürze befleißigen muß, werde ich nur die Punkte erwähnen, die Abweichendes vom früheren Programm darbieten oder aus einem anderen Grunde der Erwähnung bedürfen. Wir haben bei der Forderung des Wahlrechts direkt ausgesprochen, daß wir dabei keinen Unterschied der Geschlechter anerkennen. Im alten Programm haben wir zwar auch die Gleichberechtigung der Frauen anerkannt, jedoch in etwas verschämter Form — nur indirekt; jetzt verlangen wir klipp und klar das Wahlrecht für die Frauen, wie wir dann überhaupt für die absolute Gleichberechtigung beider Geschlechter eintreten. Es lohnt für uns nicht der Mühe, hier noch ein Wort darüber zu verlieren, daß es eine besondere Frauenfrage nicht giebt, daß die Emanzipation der Frauen überhaupt zusammenfallen muß mit der allgemeinen Emanzipation des arbeitenden Volkes. Vor fünfzehn Jahren war diese Frage noch ein Zankapfel, jetzt besteht prinzipiell in Bezug auf sie nicht mehr die geringste Meinungsverschiedenheit. Und so gehe ich denn über diesen Punkt hinweg.

Weiter fordern wir das proportionale Wahlssystem. Dieser Punkt war nicht in dem alten Programm; aber die Forderung ist so selbstverständlich, sie ist von unseren Zeitungen schon so oft auseinandergesetzt und bekräftigt worden, daß ich mich einer näheren Kommentierung enthalten kann. Ich will bloß sagen, daß diese Wahlart die einzige ist, welche in Wahrheit die Vertretung nach der Kopfzahl der Wähler ermöglicht, daß sie die Ungleichheit der Wahlkreise, die Zufälligkeiten der Majoritäten, vermittelt deren ein Mandat erobert werden kann, wegfallen läßt, und die Zahl der Vertreter einer Partei genau der Zahl der Wähler dieser Partei anpaßt. Die Wahlkreise fallen ganz weg — der Gesamtstaat bildet einen einzigen Wahlkörper, und durch ein einfaches Rechenexempel wird festgestellt: auf diese Partei sind so und so viele Stimmen gefallen, auf jene so und so viele — so und so viele Abgeordnete sind im Ganzen zu wählen, und je nach dem Ver-

E

hältniß der Stimmengahl, die auf jede Partei gefallen ist, hat diese Partei so und so viele und jene Partei so und so viele Abgeordnete. Das ist so augenfällig und klar, daß jeder Unbefangene es sofort einseht. Praktische Bedenken liegen nicht vor — nur das Interesse der herrschenden Klassen steht im Weg. Unsere Partei würde große Vorteile von diesem Wahlssystem haben, denn, wie Sie Alle wissen, sind wir zerstreut über ganz Deutschland. Wir sitzen nicht, wie das Zentrum und andere Parteien, nur in bestimmten Gegenden, dicht zusammengedrängt an einzelnen Orten. Die Sozialdemokratie ist in Deutschland überall, wie sie in der Welt überall ist. Aber wir sind eine junge Partei, und solcher Wahlbezirke, in denen wir jetzt schon die Majorität bilden, sind vergleichsweise wenige. Bei dem jetzigen Wahlssystem geht uns die größere Hälfte unserer Wahlstimmen verloren, — nach dem proportionalen Wahlssystem würde die Zahl unserer Abgeordneten sich etwa verdoppeln und sogar verdreifachen.

Ferner fordern wir zweijährige Legislaturperioden — nein, wir sagen auf deutsch: Gesetzgebungsperioden. Auch diese Forderung bedarf kaum einer Begründung. Wir haben sie schon in einem Antrage an den Reichstag gestellt. Wir führten bei jener Gelegenheit in der Debatte aus — es entspann sich auch eine Zeitungspolemik —, daß einjährige Wahlen, wie die englischen Chartisten sie forderten, in zu rascher Reihenfolge kämen. Wenn wir einmal ein demokratisches Staatswesen haben, so wird es immer möglich sein, einen Abgeordneten, der seine Schuldigkeit nicht thut, oder auch den ganzen Vertretungskörper, falls er das öffentliche Vertrauen nicht mehr hat, zur Niederlegung des Mandats zu zwingen und Neuwahlen zu veranlassen.

Daß wir für Diäten, für die Vornahme der Wahlen und Abstimmungen an einem gesetzlichen Ruhetage sind, versteht sich von selbst, ebenso die Aufhebung aller Beschränkungen der politischen Rechte. Es giebt für uns nur einen Fall, in welchem Jemand seines Wahlrechtes verlustig werden kann, das ist der Fall der Entmündigung wegen geistiger Unfähigkeit — Absinn u. s. w.

Weiter fordern wir die direkte Gesetzgebung durch das Volk vermittelt des Vorschlags- und Verwerfungsrechts. Das heißt, wir wollen nicht, daß der Schwerpunkt des politischen Lebens in das Parlament kommt. Der Schwerpunkt liegt nach demokratischem Prinzip im Volk selbst, und das Volk soll nicht darauf angewiesen sein zu warten, bis von oben herab, aus der Volksvertretung, notwendige oder erwünschte Gesetze und Gesetzesvorschläge kommen — nein, es soll selber das Recht der Initiative haben. Und dem Vorschlagsrecht, d. h. dem Recht des Volkes, direkt Gesetzesvorschläge zu machen, steht als Ergänzung das Verwerfungsrecht zur Seite, d. h. das Recht des Volkes, vermittelt Urabstimmung den Gesetzen entweder erst ihre Gültigkeit zu geben, oder sie zu verwerfen. Diese

E

Forderung ist von uns stets prinzipiell anerkannt worden, und sie war in früheren Programmen bereits enthalten.

Dann fordern wir das Selbstbestimmungsrecht und die Selbstverwaltung des Volkes in Reich, Staat, Provinz und Gemeinde. Das Wort „Staat“ heißt hier beiläufig Einzelstaat, nicht Staat in dem allgemeinen Sinne der ihren wirtschaftlichen Verhältnissen gemäß organisierten Gesellschaft. Wir haben hier zum ersten Male ausgesprochen, daß wir nur eine solche Staats- und Regierungsform, die auf der breitesten demokratischen Basis beruht, direkt aus dem Volke hervorgegangen ist und von dem Volke kontrolliert wird, mit dem Prinzip der Volkssouveränität in Harmonie stehend erachten. Wir verlangen, daß das Volk Herr sei über sein Schicksal, daß das Wohl des Volkes oberstes Gesetz, und des Volkes Wille keinem anderen Willen untergeordnet sei; wir verlangen, daß alle Einrichtungen und Gesetze, welche den Äußerungen und Bethätigungen des Volkswillens jezt entgegenstehen, beseitigt werden. Daß hiermit eine vollständige Umgestaltung unserer jetzigen Staatseinrichtungen verbunden ist, begreift Jeder auf den ersten Blick. Es bedeutet die absolute Demokratisierung der politischen Einrichtungen in Deutschland.

Entsprechend diesen Grundsätzen verlangen wir die Wahl der Behörden durch das Volk. Das Selbstbestimmungsrecht des Volkes macht diese Forderung zu einer logischen Konsequenz. Aber wir formulieren hier eine neue Forderung: Verantwortlichkeit und Haftbarkeit des vom Volke gewählten Beamten. Daß wir Verantwortlichkeit und Haftbarkeit sagen, ist keine Tautologie, keine Häufung von zwei Worten, die wesentlich das gleiche bedeuten. Unter Verantwortlichkeit der Beamten ist nach gewöhnlichem Sprachgebrauch die politische, durch Verfassung und Gesetz vorgeschriebene Verantwortlichkeit der Beamten zu verstehen. Aber wir wollen etwas mehr. Wir wollen auch die persönliche, zivilrechtliche Haftbarkeit der Beamten für Alles, was sie thun. Ich habe einmal im Reichstage diesen Gedanken der Haftbarkeit ausgesprochen — ich knüpfte an eine Kammerdebatte an, die in Frankreich gerade stattgefunden hatte über einen Gesetzesentwurf, kraft dessen die jetzige Republik den Opfern des Napoleonischen Staatskriegs und des Napoleonischen Regiments eine Entschädigung gewährte.

Ich sagte damals: die Zeit wird hoffentlich auch in Deutschland kommen, wo die Opfer des Sozialistengesetzes entschädigt, und wo die Urheber dieses Gesetzes und alle diejenigen, die vermittelst desselben Tausende und Hunderttausende in ihrer Person und in ihrem Eigentum geschädigt haben, persönlich haftpflichtig gemacht werden. Ich will nicht, daß, wie in Frankreich, die Steuerzahler die Entschädigung zu geben haben, sondern daß die Schuldigen belangt werden. — Der Ausdruck, persönliche Haftbarkeit wurde da-

E

mals von einigen Reaktionen so geäußert, als habe ich zur Lynchjustiz aufgefordert. Nun, an Justiz dachte ich, aber nicht an Lynchjustiz. Die persönliche Haftbarkeit des Beamten ist ein notwendiges Postulat der Volkssouveränität. Der Beamte ist nicht ein höheres Wesen; er hat bloß den Willen des Volkes zu vollziehen oder im Einklang mit diesem Willen — wie der Richter — seines Amtes zu walten; er ist für alle seine Handlungen verantwortlich und darf nicht außerhalb der zivil- und gemeinrechtlichen Verfolgung stehen. Das wollen wir ausdrücken. In England ist dies bereits Gesetz, und dort wirkt es ganz vortrefflich. Jeder Staatsbürger ohne Ausnahme steht dort für alle seine Handlungen gleichmäßig unter dem Zivilrecht und dem gemeinen Strafrecht, auch die Offiziere und Soldaten im Dienst. Der Offizier und Soldat steht in England zwar, wie bei uns, unter dem Militärrecht, welches blinden Gehorsam gegen die Ordre fordert, aber er ist gleichzeitig für alle seine Handlungen, auch die dienstlichen, nach gemeinem Zivil- und Kriminalrecht haftbar. Nehmen Sie an, der Offizier giebt bei einem Aufruhr das Kommando zum Schießen. Militärrechtlich muß er es thun, er hat den Befehl und für das Blutvergießen, für die Tödtung von Mitmenschen ist er militärgesetzlich nicht verantwortlich. Nun kommt aber das gemeine bürgerliche Gesetz — zunächst die Todtenschau: da sind Todte, gewaltsam Getödtete, — wie sind sie ums Leben gekommen? Durch die Kugeln von Soldaten — der Offizier hat das Kommando: Feuer! gegeben, die Soldaten haben geschossen und durch die Kugeln sind die Leute getroffen und getödtet worden. — Hat der Offizier in Selbstverteidigung gehandelt, — wird nun weiter gefragt — oder liegt Todtschlag oder Mord vor? Und das Gesetz über Todtschlag — mans-laughter — und über Mord — murder — gilt in England für Offiziere und Soldaten genau so gut wie für eine Zivilperson, die Jemanden todschießt oder todschießen läßt. Kann nicht nachgewiesen werden, daß das Militär in Nothwehr, oder zur Vertheidigung unbedingt notwendig des gesetzlichen Zustandes schießen mußte, so erklären die Geschworenen einfach, es war kein genügender Grund zum Schießen vorhanden, das Volk hat nicht das Militär bedroht, das Feuern war überflüssig, und dann lautet die Anklage günstigsten Falls auf Todtschlag, und wenn die Sache schlimmer liegt, auf Mord; der Offizier, der den Befehl zum Feuern gab, wird durch das Kommando, daß er von oben erhalten hat, nicht gedeckt, und sprechen die Geschworenen ihr Schuldig, so wird er nach dem bürgerlichen Gesetz entweder wegen Todtschlags ins Zuchthaus gesteckt oder wegen Mordes einfach aufgenüpft. (Weisfall.) Und daselbe kann auch jedem englischen Soldaten passieren, der auf Kommando schießt. Und man glaube nicht, daß derartige nicht vorkäme. Ich selbst erinnere mich

E

mehrerer Fälle, wo Offiziere von den Geschworenen schuldig befunden wurden, — hintennach erfolgte freilich die königliche Gnade. Indeß, es kann passieren, daß diese nicht mehr hilft. Jedenfalls ist unsere Forderung eine durchaus berechtigte. — Uebrigens kann ich ein Beispiel von persönlicher Haftbarkeit schon aus Deutschland anführen, freilich ein ganz vereinzeltes, — ich meine den Fall des Generals Vogel von Falkenstein, der bei Ausbruch des letzten französischen Krieges unsere damalige Parteilungung verfaßten und in Eßen einsperren ließ. Er wurde nach Beendigung des Krieges deshalb von den Betroffenen zivilrechtlich belangt und ist durch alle Instanzen hindurch zu einer beträchtlichen Entschädigung an die Zivilkläger verurtheilt worden. Das war in Braunschweig — und würde jetzt wohl kaum mehr vorkommen — ich meine die Entschädigung.

Weiter wird gefordert: Erziehung zur allgemeinen Wehrhaftigkeit, Volkswehr an Stelle der stehenden Heere. Das ist die alte Forderung der Sozialdemokratie, die schon von Fichte in seiner „Rede an die deutsche Nation“ aufgestellt worden ist. Heute haben wir ein Volk „in“ Waffen und ein Volk ohne Waffen. Es soll jeder Soldat sein, wie in der Schweiz; und, um ein solches System direkt durchzuführen, ist es nothwendig, daß jeder von Jugend auf in den Waffen geübt wird, im Marschiren, Turnen, Schießen u. s. w. In der Schweiz kennt jeder Schullehrer in jedem Dorf die militärischen Übungen, er ist ja mindestens Unteroffizier in der Eidgenössischen Armee, vielleicht höherer Offizier. Er lehrt seine Schüler von frühestem Alter an exerziren, militärisch turnen, mit der Armbrust schießen, — und in einem gewissen Alter erhält der Knabe schon ein Gewehr. Kurz, die Jugend wird dort in allen zum Militärdienst nöthigen Übungen ausgebildet. Ein ähnliches System wollen wir haben, und ich meine, so ausgebildete Soldaten würden — wenn die Ausbildung rationell erfolgt — eine weit feldtüchtigere Mannschaft abgeben, als unsere heutigen Soldaten, deren körperliche Ausbildung bei den traurigen Verhältnissen, in denen die meisten vor dem Eintritt ins Heer leben, und bei der Mangelhaftigkeit unseres Schulwesens eine zum Theil geradezu bejammernswerthe ist. Ich frage diejenigen, welche Soldaten gewesen sind, wie steht es denn heute mit dem Turnen der Soldaten? Das Wischen, was sie lernen, ist kaum der Rede werth. (Zustimmung.) Ich kann mich hier auf das Zeugniß einer unserer ersten turnerischen Autoritäten, wenn nicht die erste, berufen; und, wer vom Turnen nur etwas versteht, weiß, daß Jemand, der 20 Jahre alt geworden ist, ohne zu turnen, überhaupt nicht mehr im Stande ist, das Turnen eigentlich zu lernen. — Um Tüchtiges zu leisten, muß man von Jugend auf anfangen. — Und dann, wie steht es mit den Marschleistungen unserer Soldaten? — Im Sonderbundsstrategie — ich war damals in der

F

Schweiz — haben eidgenössische Truppen an einem Tage 21 Stunden zu Fuß zurückgelegt, und von den Bataillonen aus Baselland, die ich in Zürich einmarschiren sah, ist Keiner nachgefahren worden, — das leistete eben die von Jugend auf geübte Militä.

Und wie steht es heutzutage mit dem Schießen? Das ist schließlich neben dem Marschiren die Hauptsache in der Armee. Für Jeden, der da weiß, was ein wirklich guter Schütze ist, sind die Schießleistungen unserer Soldaten gleich Null. Es ist das ein Punkt, mit dem ich mich seinerzeit sehr viel beschäftigt habe. — Gemug, ich wollte bloß andeuten, daß die Verwirklichung unserer Forderung die nationale Wehrhaftigkeit nicht mindert, sondern im Gegentheil die Kraft zur Vertheidigung stärken würde.

Wir verlangen weiter Entscheidung über Krieg und Frieden durch die Volksvertretung. Hierüber bloß ein Wort. Man hat gewünscht und von den verschiedensten Seiten beantragt zu sagen: direkt durch das Volk; die jetzige Fassung sei ja ein Rückschritt. Nein, das ist nach keiner Seite ein Rückschritt und ein positiver Fortschritt auf der Bahn des Vernünftigen und Praktischen. Nehmen Sie an, es kommt plötzlich ein Krieg, wie soll es da möglich sein, daß das ganze Volk erst darüber abstimmt? Und heutzutage kommen die Kriege meist plötzlich. Emanzipiren wir uns von der Phrasen und drücken wir unsere Forderung so aus, daß sie auch Hand und Fuß hat!

Weiter: Schlichtung aller internationalen Streitigkeiten auf schiedsgerichtlichem Wege. Daß wir keine Utopisten sind in Bezug auf den „ewigen Frieden“, hat sich bereits auf dem Brüsseler Kongreß zur Genüge gezeigt. Wir haben dort in der bekannten Resolution ausgesprochen, daß der Zustand, welcher die permanente Kriegsgefahr und den Militarismus mit sich bringt, in den heutigen wirtschaftlichen Verhältnissen, im System des Kapitalismus wurzelt. Wir sind nicht wie die bürgerlichen Schwärmer, welche die Ursachen belassen und bloß die Folgen beseitigen wollen. Trotzdem stellen wir die Forderung auf, daß ein internationales Schiedsgericht errichtet werde, vor welches die Streitigkeiten der Staaten unter einander zu bringen sind. Vorläufig wird diese Forderung ja nicht verwirklicht werden, wie sehr vieles, was wir hier fordern, von dem heutigen Staat nicht verwirklicht werden wird — aber wir haben uns über diese, die ganze zivilisierte Welt so tief berührende Frage auszusprechen, und wir müssen zeigen, daß wir jeden ernstlichen Versuch, die Kriegsgefahr zu beseitigen, als Partei unterstützen, jedoch ohne in die flache bürgerliche Friedens-Utopisterei zu gerathen.

Wir verlangen ferner Abschaffung aller Gesetze, welche die Frau in öffentlich- und privatrechtlicher Beziehung dem Manne unterordnen. In Bezug hierauf ist mir unmittelbar, ehe ich das Wort ergriff, von fachkundiger Seite vorgeschlagen

E

worden, wir möchten statt des Ausdrucks „dem Manne unterordnen“ sagen: „dem Manne gegenüber benachteiligen“. Ich halte dies auch für eine Verbesserung, die übrigens rein redaktioneller Natur ist, und ich bitte Sie um die Erlaubnis, den Text entsprechend ändern zu dürfen. Vor Aufnahme dieser Forderung haben wir uns gefragt, ob, nachdem wir die absolute Gleichheit der Menschen „ohne Unterschied des Geschlechts“ ausgesprochen haben, es nicht überflüssig sei, dies hier in einem speziellen Punkt noch besonders zu erklären. Nun ist aber zu bedenken, daß in Brüssel eine Resolution in diesem Sinne angenommen worden ist mit dem ausdrücklichen Wunsch, man möge sie in die sozialdemokratischen Parteiprogramme der verschiedenen Länder aufnehmen; und dem haben wir entsprochen.

Die beiden folgenden Absätze des Programms haben uns bei ihrer Formulierung die größten Schwierigkeiten bereitet. Man hat uns die Sache dadurch erleichtern wollen, daß man vorschlug, wir möchten doch die alten demokratischen Forderungen, wie wir sie im Eisenacher Programm finden, wieder aufnehmen: Trennung der Kirche von der Schule und Trennung der Kirche vom Staate. Ja, das war seiner Zeit recht schön, aber es besagt bei Weitem nicht Alles, was wir sagen wollen und jetzt sagen müssen. Mit jener Formulierung wird die Kirche als ein neben dem Staate bestehendes Institut anerkannt, und das wollen wir nicht. Wir gehen viel weiter: in unseren Augen und in dem freien Gemeinwesen, welches wir anstreben, ist die Kirche eine einfache private Gemeinschaft und Vereinigung, welche denselben Gesetzen unterliegt wie alle anderen privaten Vereinigungen und Gemeinschaften. Das ist der Gedanke der absoluten Gleichheit, den wir hier ausgedrückt haben. Darum sagen wir: „Die kirchlichen und religiösen Gemeinschaften sind als private Vereinigungen zu betrachten“ — und damit die Katholiken nicht sagen können, wir wollten sie vergewaltigen, fügen wir hinzu: „Gemeinschaften, welche ihre Angelegenheiten vollkommen selbständig ordnen“. In Verbindung mit diesem Passus über die Kirche fordern wir: „Weltlichkeit der Schule“. Das heißt, daß die Kirche, daß die Religion mit der Schule absolut nichts zu thun hat. Das zu fordern sind wir prinzipiell verpflichtet, und der Punkt ist so klar, daß er einer Erläuterung nicht bedarf. Aber es galt, allen Mißverständnissen, den absichtlichen und unabsichtlichen Mißdeutungen vorzubeugen, zu welchen eine derartige Forderung in unserem Programm Anlaß geben könnte. Darum machte sich eine sehr sorgfältige Fassung notwendig. Man weiß, wie die Geistlichkeit jetzt den Kampf um die Schule mit der größten Hartnäckigkeit betreibt, wie sie die Schulfrage in den Vordergrund schiebt. Man

E

weiß, wie viel es der Geistlichkeit, der katholischen, protestantischen und sonstigen, darauf ankommt, die Herrschaft über die Geister zu erhalten und zu befestigen. Man weiß, wie die Sozialdemokratie als das rothe Gespenst hingestellt wird; wie es von uns heißt, und wie namentlich die Geistlichkeit es von uns sagt: wir seien eine Partei der Atheisten und wollten als Sozialdemokraten Jedem und Jeder die Religion gewaltsam nehmen und die Kirche gewaltsam unterdrücken. Um solchen demagogischen Verleumdungen und frommen Lügen gleich von vornherein den Boden zu nehmen, oder ihnen doch die Spitze abzubreaken, erklären wir hier, daß die Stellung zur Religion Sache eines Jeden ist, erklären wir die Religion zur Privatsache. Ich gestehe, ich habe mich lange dagegen gesträubt, diese nur durch praktische Rücksichten gebotene, ihrem Inhalt nach selbstverständliche Erklärung in das Programm aufzunehmen. Aber im Hinblick auf die systematische Verächtlichmachung unserer Stellung zur Religion erschien ich es doch nöthig dies auszusprechen. Die Sozialdemokratie als solche hat mit der Religion absolut nichts zu thun. Jeder Mensch hat das Recht zu denken, zu glauben was er will, und Niemand hat das Recht, Jemanden in seinem Denken und Glauben zu behelligen, einzuschränken, ihm sein Denken und Glauben zu einem Nachtheile irgendwelcher Art gereichen zu lassen. Vorgehen kann man dann erst gegen Meinungen und Glauben, wenn Meinungen und Glauben sich in gemeinschädliche und ungesetzhliche Handlungen umsetzen, wie z. B. bei gewissen Mucker-Sekten. Aber die Meinungen, der Glaube an sich, sie müssen frei sein, absolut frei — wir als Sozialdemokraten haben sie zu respektiren und der Sozialdemokrat, welcher das Recht, die Würde des Mitmenschen achtet, wird sich auch hüten, den Glauben eines Mitmenschen zu verhöhnen. Ueberhaupt ist die Verhöhnung irgend eines Vorurtheils stets thöricht und unpolitisch und wird das Vorurtheil nur stärken. Hier hilft nur Belehrung. Aber wenn es unsere Pflicht war, auszusprechen, daß wir Niemand die Religion rauben, Niemand in der Ausübung seiner Religion hindern wollen, so dürfen wir doch der Geistlichkeit keine Handhabe bieten, vermittelt deren sie in die Schulen herein kommen kann, und darum sagen wir: der Besuch der öffentlichen Volksschulen ist obligatorisch. In diese weltlichen Schulen, in denen keine Religion gelehrt wird, muß von den Eltern oder Verwandten jedes Kind geschickt werden; aber den Eltern bleibt es kraft des Grundgesetzes: Die Religion ist Privatsache, unbenommen, ihre Kinder in der Religion, die sie haben, selbst zu unterrichten oder unterrichten zu lassen. Wir wollten das ursprünglich im Programm ausdrücklich sagen, aber wir fanden, daß eine solche praktische Kommentirung nicht in das Programm gehört.

Wir verlangen weiter, daß alle Zuwendungen aus öffentlichen Mitteln nicht bios zu kirchlichen, sondern auch zu religiösen

E

Zwecken zu freieren sind. Wir haben das Wort „religiöse“ noch beigefügt, weil es Gemeinschaften giebt, die religiöser Natur sind, ohne darum kirchlich zu sein, und auch da soll aus öffentlichen Mitteln keine Zuwendung erfolgen, eben weil die Religion Privatfache ist.

Was nun das Schulwesen betrifft, so war es bei Feststellung unseres Programm-Entwurfs eine Streitfrage, die uns längere Zeit beschäftigte: ob wir nicht aussprechen sollten, daß der Unterricht und die Lehrmittel in allen Schulen, bis zu den höchsten, bis zur Universität unentgeltlich sein sollen. Zum Theil mit Rücksicht auf die bezüglichen Ausführungen der Programmkritik von Karl Marx, der hervorhob, daß dadurch nur für die Bourgeoisie, für die Besthenden, ein Vortheil geschaffen würde, weil der Arbeiter unter den heutigen Verhältnissen seine Kinder nicht in höhere Schulanstalten schicken kann, haben wir uns aber zu einer Einschränkung entschlossen, und fordern nur die Unentgeltlichkeit des Unterrichts und der Lehrmittel in den öffentlichen Volksschulen. Zu dieser Forderung gehört die andere der Verpflegung — beiläufig eine Forderung welche vor fast 100 Jahren in dem berühmten Schulgesetz von Lafayette sich findet, das kurz nach der Enthauptung von Ludwig XVI. dem französischen Konvent vorgelegt und von ihm angenommen ward. Damals wurde der Grundlag schon ausgesprochen, daß der Staat, der die Eltern zwingt, ihre Kinder in die Schule zu schicken, auch verpflichtet ist, für die leibliche Pflege der Kinder zu sorgen. Auch die Schulfrage ist eine soziale Frage. Jüngerbube Kinder können nichts lernen. — Für sich selbst spricht unsere weitere Forderung, daß diejenigen Kinder, welche besondere Anlagen zeigen, und bei der Prüfung sich als fähig für den Besuch höherer Schulen — Fach- und anderer Schulen — erweisen, ähnlich, wie es in verschiedenen Staaten von Amerika jetzt schon eingeführt ist, in den höheren Schulen unentgeltlich unterrichtet und verpflegt werden. Mit diesem Zusatz ist unser Schulparagraphe so formulirt, daß er auch den weitestgehenden Anforderungen Rechnung trägt, ohne in phantastische Ueberschwenglichkeiten zu verfallen und den Boden der realen Verhältnisse zu verlassen.

Eine weitere Forderung ist die Unentgeltlichkeit der Rechtspflege und des Rechtsbestandes, die Unentgeltlichkeit der ärztlichen Hilfeleistung u. s. w. Beides gehört prinzipiell zusammen. Die Möglichkeit sein Recht zu suchen, ist heute im Wesentlichen ein Privilegium der Reichen. Das Recht zu klagen, ist in den meisten Fällen dem Armen thatsächlich genommen, weil das Klagen und Prozessiren zu theuer ist. Genau so ist es mit der ärztlichen Hilfe im Falle der Krankheit. Der Arzt ist kein Beamter und, wenn auch jetzt in einzelnen Fällen die Unentgeltlichkeit der ärztlichen Hilfeleistung wie die des Rechtsbestandes gesichert ist, so ist dies doch an Bedingungen geknüpft, die nicht Jeder erfüllen

F

kann oder mag; und Hunderttausende gehen heutzutage der ärztlichen Hilfe wie des Rechtsbestandes aus Mangel an Geld, und aus Scheu vor den hohen Kosten verlustig. So werden neue Privilegien für die bestehenden Klassen geschaffen! Was nun insbesondere die Unentgeltlichkeit des Rechtsbestandes und der Rechtshilfe anbelangt, so sind hiergegen ja allerhand praktische Bedenken erhoben worden. Aber wir haben uns gesagt, bei einer Vereinfachung des Rechtsweges lassen sich sehr wohl Formen finden, in welchen unsere Forderung ausgeführt werden kann, und nicht unsere Sache ist es, hier Einzelheiten festzustellen, sondern das ist Sache des Gesetzgebers. Zu Gunsten dieser Forderung ist noch besonders geltend zu machen, daß der Staat ja nach den Definitionen der Rechtsphilosophie ein großer Verein zum Rechtsschutz ist, und daß der „Rechtsstaat“ den Verteidigern des heutigen Staats stets als Ideal vorschwebt. Und sagen sie uns nicht immer: „Der Staat garantiert einem jeden Staatsangehörigen und Bürger sein Recht?“ Gut, wir verlangen, daß der Rechtsschutz, welcher jetzt für die Masse des Volkes nur auf dem Papier besteht, zur Wahrheit werde für Alle. Jetzt hat ihn bloß der Reiche, der gar keinen staatlichen Rechtsschutz braucht, weil er sich selbst zu seinem Recht verhelfen kann; dem Armen aber, der in seinen Rechten viel leichter und mehr bedroht wird, als der Reiche, ist er unerreichbar und für ihn besteht der Rechtsschutz thatsächlich nicht. Das ist eine Ungerechtigkeit, der ein Ende gemacht werden muß.

Weiter!

„Stufenweise steigende Einkommen- und Vermögenssteuer zur Bestreitung aller öffentlichen Ausgaben, soweit diese durch Steuern zu decken sind.“ Die Einfügung der Vermögenssteuer hat in der Kommission zu einer Debatte Veranlassung gegeben. Wir haben aber gefunden, daß neben dem Einkommen auch das Vermögen erwähnt werden muß, wie z. B. in England bei der Income and Property Tax — Einkommen- und Eigentumssteuer — der Fall ist. Es ist nothwendig, eine Unterscheidung zu machen zwischen demjenigen Einkommen, welches einfach aus der individuellen Arbeit einer Person entsteht, und demjenigen, welches eine Person hat, ohne daß sie selbst zu arbeiten braucht, z. B. aus Grund und Boden, aus Kapitalien, aus Staatspapieren u. s. w. Während bei dem Einen das Einkommen an die Person geknüpft ist und aufhört, wenn sie nicht mehr arbeiten kann, wenn sie stirbt — ist das andere Einkommen von der Person unabhängig. Bei einem Einkommen dieser Art muß die stufenweise Besteuerung eine andere und höhere sein. Mit anderen Worten, Jemand, der ein Einkommen von seinem Vermögen hat, muß mehr besteuert werden als Jemand, der ein Einkommen ohne Vermögen hat. — Wir haben ferner die Selbsteinschätzungspflicht auf

F

genommen, wogegen wohl nichts zu bemerken ist. Von der Erbschaftsteuer wird verlangt, daß die stufenweise Erbhöhe nicht bloß nach dem Umfang des Erbgesetzes zu bemessen ist, also nach dem Grundsatz der Progressivsteuer, sondern auch gleichzeitig nach der größeren Entfernung des Verwandtschaftsgrades. Hierüber wird wohl keine Meinungsverschiedenheit bestehen.

Ich komme nun zu dem zweiten Theil der besonderen Forderungen, nämlich denjenigen, welche wir speziell zum Schutz der Arbeiterklasse aufstellen. Unter diesen ist auch nicht eine einzige, die einer genaueren Erörterung hier noch bedürfte. Um einer etwaigen Debatte vorzubeugen, will ich bloß erwähnen, daß wir die Anträge, die von den verschiedenen Seiten vorlagen, zu dem Zweck: die staatliche Versicherung in der einen oder anderen Form auch auf die Arbeitslosigkeit auszuweihen, haben streichen müssen — und zwar einstimmig — weil wir zu der Ueberzeugung gekommen sind, daß eine derartige Forderung einfach nicht durchführbar ist, und uns von dem Boden des thatsächlich Möglichen entfernen würde, den wir in diesen besonderen Forderungen — und namentlich in diesem Theil derselben nicht verlassen dürfen. Es ist ja von den Arbeitergewerkschaften in England der Versuch einer Versicherung gegen Arbeitslosigkeit gemacht worden, da hat sich denn herausgestellt, daß bloß die Organisation solcher Gewerbe, bei denen es durchschnittlich hohe Löhne und eine geringe Zahl von Arbeitslosen giebt, eine solche Versicherung zur Noth durchführen können — also nur diejenigen Arbeitergruppen, die es am wenigsten brauchen. Alle anderen Gewerbe, in welchen heutzutage die Arbeitslosen nach Tausende zählen, sind sofort an dem Versuch gescheitert; und wenn wir dem Staate diese Aufgabe zumuthen wollten, so würden wir unserer Sache einen schlechten Dienst leisten. Wie schon angedeutet, gerade in den Forderungen betreffend die Arbeiterklasse müssen wir als Arbeiterpartei alles Nebelhafte und Undurchführbare vermeiden. Was wir in diesem Theil unseres Programms fordern, ist eminent praktisch und zum großen Theil in anderen Ländern bereits verwirklicht, und wir müssen diese Forderungen nicht belakern durch solche, welche es unseren Gegnern leicht machen zu sagen: Ihr fordert das Unmögliche! Die Versicherung gegen Arbeitslosigkeit gehört aber schon in das Traumland des „Rechtes auf Arbeit“.

Genossen! Es wäre mir unendlich lieb gewesen, wenn wir in einem früheren Stadium das Programm hätten behandeln können, wenn wir entweder auf diesem regelmäßigen Jahreskongreß, oder auf einem speziell zu diesem Zweck einberufenen außerordentlichen Kongreß in eingehendster Weise alle Grundprinzipien unseres Programms und alle damit zusammenhängenden Fragen hätten durchsprechen können. Ich bin überzeugt, es hätte das der Partei zum Vortheil gereicht, nach Innen wie nach Außen. Aber es ist

E

nicht möglich gewesen — und die nothgedrungen beschränkte Zeit, über welche wir verfügen, macht es notwendig, daß wir uns jetzt in der Debatte die möglichste Beschränkung auferlegen und nicht allzu sehr in Einzelheiten eingehen. Ich will deshalb nur noch das absolut Nothwendigste sagen, indem ich mir vorbehalte, erforderlichen Falls nachher von dem mir als Referenten zustehenden Recht Gebrauch zu machen. Ich hoffe aber, daß die Debatte sich nicht ausdehnen möge über Fragen, über welche in der Partei selbst schon monatelange Debatten stattgefunden haben, und über die man sich in unserer Presse klar geworden ist. Alle Genossen, die Anträge gestellt haben und hier auf dem Parteitag als Delegirte anwesend sind, haben wir in die Programm-Kommission gewählt, weil wir von der Ueberzeugung ausgingen, daß es weit zweckmäßiger ist, wenn der Wortlaut in einem kleinen Kreise festgestellt wird, als wenn die Klärung der Meinungen in einem größeren Kreise stattfinden soll, wo ein Programm-Entwurf ja wohl überhaupt gar nicht festgestellt werden kann. Und endlich bemerke ich noch: auch alle diejenigen Mitglieder der Kommission, welche Programm-Anträge vertreten haben, die nicht in diesen unseren Entwurf aufgenommen worden sind, haben sich für den Entwurf in seiner jetzigen Fassung erklärt und haben sich durch die Gründe, welche die Majorität bestimmt haben, überzeugt erklärt.

Genossen! Im Anfange seiner aufsteigenden Macht sprach Fürst Bismarck der fortschrittlichen Bourgeoisie gegenüber das Wort aus: *Flectere si nequeo superos, Acheronta movebo*, wenn ich mit Euch Fortschrittler und Liberalen nicht fertig werde, dann beschwöre ich das Proletariat herauf, ich bewege den Acheron, ich entfessele gegen Euch die sozialistische Bewegung. Fürst Bismarck rief, der Acheron, das deutsche Proletariat, hat sich aber nicht bewegt! Es wurden uns Anerbietungen gemacht, sie wurden verachtungsvoll zurückgewiesen. Dann rief die Sozialdemokratie, und der Acheron hat sich bewegt, die deutsche Arbeiterbewegung entstand, und die deutsche Arbeiterschaft marschirt jetzt, soweit sie klassenbewußt ist, einmütig und geschlossen wie in keinem anderen Lande der Erde, unter dem Banner der Sozialdemokratie. Was Fürst Bismarck nicht konnte, das hat die deutsche Sozialdemokratie erreicht — sie war stärker als er, und auf der ganzen Linie steht die Sozialdemokratie da als Siegerin über das Bismarck'sche System. Man hat von dem „ehernen Entwicklungsgeß“ gesprochen. Und es ist ein ehernes Geß, Keiner kann es abändern, mit Gewalt es beugen oder brechen, und Fürst Bismarck, der Mann, der über alle Machtmittel des Staates und der Gesellschaft verfügte, der von sich sagte: ich bin das Reich, — der Staat bin ich! — der es mit größerem Recht von sich sagte, als jener König von Frankreich — er liegt heut zerfchmettert am Boden;

und Staat und Gesellschaft sind noch da, nichts hat sich in der Welt wesentlich geändert, ein Mann weniger auf der politischen Bühne und nichts weiter, — ein Mann über Bord! Die Sozialdemokratie weiß, daß so wenig ein Bismarck die Bewegungsgesetze ändern konnte, ebenso wenig wir es können. Wir wissen, daß die bürgerliche Gesellschaft, sie mag thun was sie will, in ihr Verderben rennt. An ihr vollzieht sich das Verhängniß. Es ist wie eine Schicksals-Tragödie des Alterthums: der Held, das Opfer weiß, er ist verurtheilt, es besteht ein Schicksalspruch, den er erfüllen muß. Er wehrt sich dagegen, er sucht dem Verhängniß zu enttrinnen, aber jeder Schritt, den er thut, um seinem Verhängniß zu entgehen, führt ihn der Katastrophe näher, bis der Tag des Untergangs, des Verderbens, des Gerichtes hereinbricht. So ist es mit unserer Bourgeoisie. Sie bietet alles auf, um dem Schicksal zu enttrinnen, aber jeder Versuch dem Verhängniß auszuweichen, führt sie der Vollstreckung des Urtheils, des Schicksalspruches bloß näher. Sie mag gegen uns thun was sie will, sie thut es für uns, sie mag für sich thun was sie will, sie thut es für uns; und wir, wie möglich thun was wir wollen, die Verhältnisse arbeiten uns in die Hände; alles in Staat und Gesellschaft, Verfolgungen, KonzeSSIONen, einerlei: alles schlägt uns heute zum Vortheile aus — uns der aufsteigenden, siegenden Sozialdemokratie. Mögen unsere Gegner versuchen, was sie wollen, sie können nur für uns arbeiten. Ich führte vorhin aus, daß die bürgerliche Gesellschaft eine Gesellschaft der Expropriation, daß der Kapitalismus die Expropriation in Permanenz ist.

Die Besitzer der Arbeits- und Produktionsinstrumente expropriiren diejenigen, welche keine besitzen, und dieser Prozeß der Expropriation, d. h. d. Eigenthumsberaubung dauert fort, solange diese gesellschaftliche Ordnung besteht. Sie nennt sich allerdings die Gesellschaft des Eigenthums, des persönlichen Eigenthums, aber in Wirklichkeit ist sie gerade die Gesellschaftsform, welche das persönliche Eigenthum zerstört. Und das Ende dieses Expropriationsprozesses kann nur sein, was Marx ausgesprochen hat in seinem granitnen Wort: die Expropriation der Expropriateure! Das Eigenthum, soweit es berechtigt und möglich ist, d. h. das gleiche Unrecht eines Jeden auf den Genuß der Güter, welche durch die gemeinschaftliche, organisirte Arbeit Aller erzeugt werden, kann sich erst dann verwirklichen, wenn diese Gesellschaft in Trümmer zerfallen ist. —

Wir sind jezt im Begriff uns ein neues Programm zu geben. Das alte hat uns treffliche Dienste gethan. Ghefurchtsvoll werden wir, werden unsere Nachkommen es zu allen Zeiten betrachten — was mangelhaft daran war, ist ergänzt und verbessert worden

E

durch die steigende Bildung und Intelligenz der Genossen. In die mangelhafte Form haben sie den richtigen Inhalt hineingegossen. Das schönste Programm nützt uns nichts, wenn nicht der echte, lebendige Geist hineingelegt wird. Und darum bitte ich Sie, lieben Sie nicht an dem Wort! Bedenken Sie, ein vollkommenes Programm giebt es nicht. Das Programm, welches nach der einstimmigen Meinung von uns allen im Augenblicke das beste ist, wird schon in der nächsten Stunde einen Kritiker gefunden haben, der in der einen oder anderen Formel, in dem einen oder anderen Satz, eine Verbesserung anbringen wird. Wir wollen — wie schon 1875 gesagt ward — wir wollen uns im Programm keinen Papiß schaffen. Das Programm hat nur das Eine zu erfüllen: klar und verständlich die Ziele unserer Partei hinanzustellen, den Entwicklungsprozeß der bürgerlichen Gesellschaft zu zeigen und die Naturnothwendigkeit, mit welcher sie sich selbst tödtet, und in welchem sie selber den Moment herbeiführt, wo die kapitalistische Produktion im Interesse der menschlichen Gemeinschaft ersezt werden muß durch die sozialistische Produktionsweise. Diesen Entwicklungsprozeß mit aller Macht zu beschleunigen und alle Kraft daran zu setzen, daß dieser Moment möglichst bald eintrete, das ist unsere heilige Pflicht. Sorgen Sie dafür, daß das neue Programm, welches wir heute schaffen werden, die Partei von Siegen zu Siegen führe, wie das alte — von Sieg zu Sieg bis zum endgiltigen Sieg! Legen Sie den richtigen Geist in das neue Programm! Kämpfen Sie in dem richtigen Geist unter diesem neuen Banner! Tragen Sie es, eingedenk der erhöhten Pflichten, die aus der Größe und dem Wachstum unserer Partei für uns entspringen, manhaft und begeisterungsvoll voran, — kämpfen Sie furcht- und rastlos, wie Sie unter dem alten Banner, unserer alten zeretzten Sturmflagge gekämpft haben. Setzen Sie Ihre ganze Kraft, Ihre ganze Persönlichkeit an die Verwirklichung dieses Programms und sorgen Sie so dafür, daß die Zeit bis zu dem Tag, wo die heutige bürgerliche Gesellschaft fällt, möglichst abgekürzt werde — denn der Fall dieser Gesellschaft hängt wesentlich ab von der Summe der Kraft, die gegen sie eingesetzt wird. Je mehr Kraft wir in die Agitation in unseren Agitationskampf legen, je rücksichtsloser wir unsere Persönlichkeit in die Waagschale werfen, desto rascher werden wir am Ziele sein und desto eher das Banner der Sozialdemokratie auf den Zwingburgen der heutigen Gesellschaft aufpflanzen! (Stürmischer langanhaltender Beifall.)

Vorsitzender Singer: Es ist ein genügend unterstützter Antrag des Genossen Bloß eingelaufen, von einer Diskussion über den Programm-Entwurf abzusehen und denselben en bloc anzunehmen. (Beifall und Widerspruch.) Der gleiche Antrag ist von Dr. Käß in Form einer Resolution gestellt.

Ferner ist von zwei Seiten ein Antrag eingebracht, über die

F

zum Programm-Entwurf hier eingegangenen Abänderungsanträge zur Tagesordnung überzugehen (Beifall.)

Nach einer kurzen Diskussion, an der sich Stadthagen, Bloß, Meister und Pfannkuch beteiligten, wurde der Antrag auf ein bloc-Annahme des Programm-Entwurfs mit sehr großer Majorität angenommen.

Der von der Programm-Kommission unterbreitete Programm-Entwurf wird hierauf einstimmig zum definitiven Programm der sozialdemokratischen Partei Deutschlands erklärt. (Lebhafter Beifall.)

Nach Verlesung eines Begrüßungsprogramms der Breslauer Genossen wünscht Dr. Rüdert eine Erklärung in Bezug auf das Protokoll des Haller Parteitagess zu übergeben, was der Vorsitzende jedoch, unter Zustimmung des Parteitagess, jetzt nach Verlauf eines vollen Jahres für unzulässig erklärt.

Mielenz verliest folgende Depesche aus Berlin: Gestern Abend 600 Sozialdemokraten mit Berner und Wildberger, Auerbach und Wille solidarisch erklärt. Hunderte abgesperrt. Grundmann. Ernst.

Der Vorsitzende macht nunmehr Mitteilung von dem Resultat der vollzogenen Wahl der Parteileitung. Es sind im Ganzen abgegeben 223 Stimmzettel. Zu Vorsitzenden sind gewählt Singer mit 221 Stimmen, Gerisch mit 220 Stimmen, Volkmar, Schippel, Niederauer und Rüdert erhielten je 1 Stimme. Zu Schriftführern sind gewählt Auer mit 219 und Fischer mit 165 Stimmen. Auf Dr. Luy entfielen 47 Stimmen, auf Schippel 2, die übrigen zerplittert. Zum Kassierer ist gewählt Bebel mit 220 Stimmen, Schmalfeldt erhielt 1 Stimme. Zu Kontrolleuren sind gewählt worden Herbert-Stettin mit 214, Gottfried Schulz-Berlin mit 211, Ewald-Brandenburg mit 181, Dubber-Hamburg mit 178, Kaden-Dresden mit 177, Meister mit 167 und Jacobey-Berlin mit 139 Stimmen.

Singer: Damit ist die Parteileitung für das künftige Jahr gewählt, und ich darf mit dem Ausdruck herzlichsten Dankes für das gezeigte Vertrauen wohl Namens der Gewählten erklären, daß sie die Wahl annehmen. (Beifall.)

Das Wort erhält nun Genosse Neumann aus Wien: Parteigenossen und Parteigenossinnen! Ich habe Ihnen die herzlichsten Sympathien der österreichischen Genossen zu übermitteln. Wir haben einen reichen Schatz von Erfahrung auf Ihrem Parteitag gesammelt. Sie Alle wissen ja, daß die österreichische Arbeiterbewegung noch nicht jene Entwicklung gewonnen hat, wie die deutsche Bewegung. Das dürfen Sie aber nicht etwa einer Ziellosigkeit der österreichischen Genossen zuschreiben, sondern einzig und allein der Tatsache, daß in Oesterreich politische Zustände herrschen, wie vielleicht in keinem Staate außer Rußland. In Oesterreich sind die Arbeiter politisch

E

völlig rechtlos. Aber ich verliche Sie, daß wir den Boden, den wir haben, voll und ganz zum Wohl der Arbeiter ausnützen. Ich will nur noch einem Wunsch der österreichischen Genossen Ausdruck geben, daß Sie auch einen Delegierten zum österreichischen Parteitag entsenden mögen. Ich danke Ihnen für die Aufnahme, die wir hier gefunden haben. (Beifall.)

Vorsitzender Singer: Parteigenossen! Wir haben die Aufgaben, die der Parteitag zu erledigen hatte, erfüllt. Wir haben eine arbeitsvolle Woche hinter uns; die Verhandlungen dieses Parteitages waren wichtig nach verschiedenen Richtungen hin. Wir waren genötigt, Klarheit zu schaffen und reinen Tisch zu machen zwischen den Elementen, die behaupteten Parteigenossen zu sein und doch nichts anderes thaten, als Zwiespalt in die Reihen der Partei zu bringen, als Verdächtigungen und Verleumdungen gegen einzelne Personen auszusprechen und damit Verwirrung in die Partei einzutragen. Die ersten Tage unserer Verhandlungen haben bewiesen, daß, wenngleich einzelne Personen sich bemüht haben, die Partei zu schädigen, die übergroße Majorität der Partei fest entschlossen ist, sich nicht von dem Boden der bewährten Kampfesart abdrängen zu lassen. Der Parteitag hat auf Grund des Berichtes von der ihm eingesetzten Kommission sein Urteil über das parteischädigende Treiben dieser Personen gefällt. Wie Sie aus der Ihnen verlesenen Depesche ersehen haben, benutzten diese Leute den Moment, in dem der Parteitag noch beschäftigt ist seine Arbeiten zum Abschluß zu bringen, und ohne daß die Delegierten Berlins im Stande waren, sich an der Berichterstattung zu beteiligen, um aufs Neue zu lügen und zu verleunden. Ich bin aber sicher, trotz des Siegestelegramms, welches hier verlesen worden ist, die große, übergroße Majorität der Parteigenossen in Berlin wird wissen, was sie zu thun hat, und ich zweifle keinen Augenblick, daß die sozialdemokratische Partei sich auf ihrem Vormarsch und in ihrer Agitation durch die sogenannte Opposition auch nicht einen Augenblick stören lassen wird. (Lebhafte Zustimmung.) Der Parteitag hat durch einstimmige Annahme der bezüglichen Resolutionen bekundet, daß die Partei gewillt ist, an der bisherigen Parteitaktik festzuhalten. Dieser einstimmig gefaßte Beschluß verbürgt uns, daß die Agitation, sowie die Propagierung unserer letzten Ziele in der bisherigen Weise fortgesetzt wird, daß unserer Partei der revolutionäre Charakter erhalten bleibt, und daß wir einzig und allein auf dem Boden des Klassenkampfes unsere Siege erringen wollen. (Lebhaftes Bravo!) Sie haben, indem Sie das Ihnen von der Kommission vorgelegte Programm angenommen haben, erklärt, daß unser Endziel die Beseitigung der bürgerlichen Gesellschaft, die Aufhebung der Klassenherrschaft und die Errichtung der sozialistischen Gesellschaft ist. Sie haben erklärt, daß der politische Kampf um die Forderungen,

E